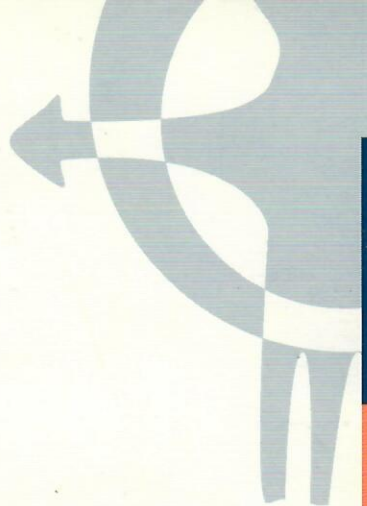




10 Jahre

**FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.**

**Politik mit
und für Frauen**



Grußwort von Günter Baaske

Wir über uns

Wie haben wir Politik gemacht? - Aus unserer Chronik

Fünf von vielen

Uns reicht es noch lange nicht!

Unsere Mitgliedsorganisationen

Dank

10 Jahre

**FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.**

Politik mit
und für Frauen



**FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.**



IMPRESSUM

Herausgegeben vom
Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V.
Heinrich-Mann-Allee 7, 14473 Potsdam
Fon 0331/280 35 81
Fax 0331/24 00 72
Mail FrauPolRat@t-online.de
www.frauenrat-brandenburg.de

Redaktion:
Rosemarie Mieder, Gislinde Schwarz

Fotos:
Hagen Immel, Andreas Frank,
Magda Gressmann, privat

Layout:
ArneDesign - Ines Arnemann

Druck:
Chromik Offsetdruck, Frankfurt (Oder)

Redaktionsschluss:
23.10.2002

Mit freundlicher Unterstützung und Förderung durch
den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg,
das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen,
das Ministerium der Finanzen,
die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung,
im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport.



Grußwort von Günter Baaske	2
----------------------------	---

Wir über uns	3 - 8
--------------	-------

- Wer sind wir? 3
- Wie sind wir entstanden? 4
- Was wollen wir? 5
- Wie sind wir organisiert? 5
- Wie arbeiten wir? 6
- Wo arbeiten wir mit? 7 - 8

Wie haben wir Politik gemacht? - Aus der Chronik	9 - 16
--	--------

- 1996 - Proteststurm gegen Kita-Kürzungen 11
- 1998 - Gerechtere Steuern für Frauen 12
- 1998 - PROFUND - Das Projekt Fundraising 13
- 2000 - Gewalt gegen Frauen - wir halten dagegen 14
- 2001 - Kampf ums Geld 15
- 2002 - Wahlprüfsteine 16

Fünf von vielen	17 - 21
-----------------	---------

- Einander zuhören können
Renate Behnisch 17
- Miteinander statt gegeneinander
Prof. Dr. Gisela Schaarschmidt 18
- Fraueninteressen aufs Podium
Friederike von Borstel 19
- Der Osten hat mich politisiert
Helga Zaddach 20
- Neugier auf Politik
Tamara Ritter 21

Uns reicht es noch lange nicht!	22
---------------------------------	----

Interview mit Cornelia Schuster,
seit 2002 Geschäftsführerin des Frauenpolitischen Rates

Unsere Mitgliedsorganisationen	23 - 30
--------------------------------	---------

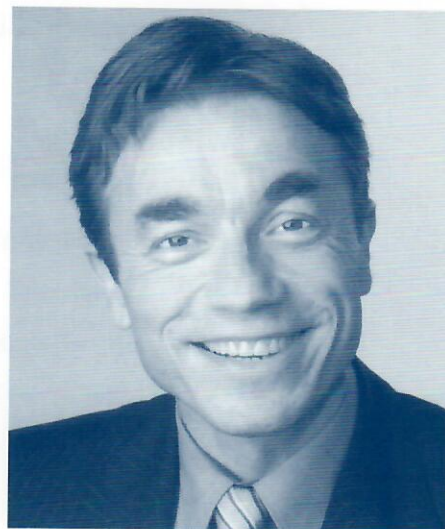
Dank	31
------	----

Grußwort

Liebe Frauen und Mädchen,
der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. engagiert sich seit nunmehr 10 Jahren, einer Politik der Chancengleichheit in Gesellschaft, Familie und Beruf Wege zu bahnen und diese zu festigen. Als Dachorganisation von inzwischen 24 Mitgliedsverbänden vertritt er die Interessen von mehr als 150.000 organisierten Frauen. Im Laufe der Jahre hat der Rat eine frauenpolitische Kompetenz entwickelt, die stets mit am Tisch sitzt, wo es in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft um die Durchsetzung „weiblicher“ Interessen geht. Die beharrliche Konsequenz, konstruktive und fachlich versierte Mitarbeit des Rates haben u.a. Entscheidungen zur Familienpolitik, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, zum Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt entscheidend unterstützt. Dafür danke ich den Protagonistinnen und allen Mitarbeiterinnen des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg e.V. sehr herzlich.

Frauenpolitik ist ein weites Feld. Wie kaum in einem anderen Politikbereich spiegeln sich auf ihm die Vielfalt und die Buntheit, die Probleme und die Perspektiven der ganzen Gesellschaft wider. Frauenpolitik fokussiert geradezu die Politik und bringt vieles auf den Punkt, was uns wichtig ist für die Gleichstellung der Geschlechter. Das ist und bleibt eine dauerhafte Herausforderung. Brandenburg hat sich mit seinem Gleichstellungsgesetz dieser Herausforderung frühzeitig gestellt.

Dank der Aktivitäten von Frauen und gesetzlicher Regelungen ist manches möglich geworden, was vor wenigen Jahren nur schwer durchsetzbar schien. Frauen sind wieder selbstbewusster geworden in Beruf und Familie. Sie fordern ihre Rechte mutiger ein. Das hat im Einzelfall durchaus Erfolg. Doch am Ziel sind wir mit unseren Vorhaben noch lange nicht. Auf die gesamte Gesellschaft bezogen, wollen wir nämlich viel mehr: Wir wollen eine Politik, die auf allen Handlungsfeldern von vornherein die Belange von Frauen und Männern hinterfragt, sie umsetzt und Chancengleichheit zum immanenten Bestandteil ihres Agierens macht - auch als „Gender Mainstreaming“ bekannt. Die Realisierung dieser Politik setzt vor allem eine neue Kultur des Denkens voraus. Denn im Kopf beginnt ja, was Handeln bewirkt. Dafür müssen vor allem auch „Männerköpfe“ gewonnen werden.



Wir haben uns - alles in allem - eine gute Basis für eine auf Gleichberechtigung und Chancengleichheit orientierte Politik geschaffen. Doch wir wollen ja gemeinsam Erreichtes nicht nur verteidigen, sondern wir wollen auch deutlich weiterkommen. Das gilt für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ebenso wie für die Bekämpfung häuslicher Gewalt. Die gleichberechtigte und gleich bezahlte Erwerbstätigkeit von Frauen, von mehr Frauen in Führungspositionen ist uns ebenso wichtig, wie ein gerechter Gesellschaftsvertrag, der z.B. die Existenz von Familien mit Kindern sichert. Zu den Selbstverständlichkeiten des Alltags muss die Ächtung von Gewalt an Frauen und Kindern ebenso gehören wie die Ächtung von Diskriminierung im Arbeitsleben.

Das sind heute bereits gesetzlich verbürgte Vorhaben. Weiteres wird hinzukommen, um Familienpolitik zu entwickeln. Doch wir wissen, dass sich nichts von alleine durchsetzt, rechnen wir auch künftig mit der aktiven Unterstützung des Frauenpolitischen Rates und der vielen Frauenverbände, Frauenvereine und -initiativen im Land. Als Träger zahlreicher Projekte sind sie unverzichtbarer Bestandteil der Infrastruktur und spielen auf Landesebene eine wichtige Rolle.

Ich hoffe sehr, dass Sie die frauen- und familienpolitischen Vorhaben des Landes weiterhin mit so konstruktivem und kritischem Engagement begleiten. Gemeinsam wird es leichter, die vor uns stehenden Aufgaben zu bewältigen.

A stylized, handwritten signature in blue ink, which appears to read 'G. Baaske'.

Günter Baaske,
Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
Land Brandenburg

Wir über uns

Wer sind wir?

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. (FPR) ist ein Netzwerk zur Vertretung von Fraueninteressen. Ein Zusammenschluss von derzeit 24 Frauenorganisationen, -verbänden, -vereinen sowie Gruppen aus Gewerkschaften, Kirchen und Parteien unseres Bundeslandes. Wir repräsentieren über 150.000 organisierte Frauen. Bei uns treffen sich Vertreterinnen aus der CDU mit jenen aus SPD, PDS, Bündnis 90/Die Grünen und den Liberalen Frauen, Vertreterinnen des Demokratischen Frauenbundes mit jenen der Kirche, Landfrauen mit Beamtinnen, Juristinnen, Arzthelfe-

rinnen, Künstlerinnen und vielen mehr. Wir respektieren uns in unseren unterschiedlichen Anschauungen und Haltungen, wir diskutieren überparteilich und überkonfessionell.

All das für ein gemeinsames Ziel:

Die im Artikel 3 des Grundgesetzes und Artikel 12 der brandenburgischen Landesverfassung verankerte formale Gleichberechtigung von Frauen und Männern soll sich im Lebensalltag von Frauen wieder finden.



Wir über uns

Wie sind wir entstanden?

Unser Netzwerk entstand aus einer wichtigen Erfahrung der Wendezeit: Niemand wird sich für uns einsetzen, wenn wir es nicht selbst tun. Je mehr es uns gelingt, über parteipolitische, konfessionelle, berufliche und auch private Interessen hinweg gemeinsam zu handeln, umso mehr können wir erreichen. So setzten sich am 21. Februar 1991 in Potsdam Vertreterinnen von neu entstandenen Vereinen und Bewegungen, aber auch von etablierten Parteien und Organisationen zusammen. Am ersten Frauenpolitischen Runden Tisch des Landes Brandenburg saßen unter anderem das Neue Forum, der Unabhängige Frauenverband, das Homosexuelle Integrationsprojekt, der Demokratische Frauenbund, die CDU, die SPD und die PDS. Sie alle hatten sich die Durch-



setzung demokratischer Rechte und Freiheiten, soziale Gerechtigkeit, ökologisches Wirtschaften, umfassende Entmilitarisierung und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern auf die Fahnen geschrieben. Solidarität, Zusammenarbeit, Informationsaustausch lautete ihr Kredo. Es reicht nicht, Parlamente und Regierungen auf einen Zustand aufmerksam zu machen, es sollten tragfähige Lösungsmodelle entwickelt werden.

Auf der Tagesordnung standen beispielsweise der Erhalt von Kindereinrichtungen und außerschulischer Betreuung, die Themen Gewalt gegen Frauen und Kinder, die Einrichtung von Frauenhäusern. Als es darum ging, den Paragraphen 218 auch auf die neuen Bundesländer auszuweiten, mischte sich der Frauenpolitische Runde Tisch lautstark ein. Er organisierte und beteiligte sich an landesweiten Protestaktionen, Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und Aufrufen. Vertreterinnen des Runden Tisches fuhren nach Bonn und übergaben Unterschriften.

Als das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (MASGF) im Herbst 1991 zur Gründung eines Landesfrauenrates aufrief, regte sich am Runden Tisch erst einmal Widerstand. Das Gremium wollte seine Unabhängigkeit von den offiziellen Landesinteressen bewahren und vor allem die basisdemokratischen Arbeitsformen erhalten. Gemeinsam wurde diskutiert und schließlich eine Form gefunden, die die Grundlage für das heutige Netzwerk bildet. Im Unterschied zu anderen Landesfrauenräten entschieden wir uns für die Bezeichnung „Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.“. Der gründete sich am 7. März 1992.

In einer Selbstdarstellung aus jener Anfangszeit heißt es unter anderem: Wir arbeiten

- mit Schwerpunkt auf politische Inhalte
- im Konsensprinzip, mit Interesse an der Arbeit der anderen und Achtung vor verschiedenen politischen und weltanschaulichen Haltungen
- aus dem Wissen, dass politische Wirksamkeit auch und gerade für Frauen die Fähigkeit zu Bündnissen voraussetzt
- als Gremium, in dem ein anderer Ton herrscht, das einen anderen Blick auf das gesellschaftliche Geschehen hat
- als Gremium, das sich seine Themen nicht eingrenzen lässt durch Begriffe wie „Frauenpolitik“ oder „frauenspezifische Belange“.

Auf der Gründungsversammlung schlossen sich Vertreterinnen von 19 Organisationen nach langer und durchaus kontroverser Diskussion dem Rat an. Um den basisdemokratischen Ansatz des Runden Tisches zu erhalten, sollen im zweimonatlichen Rhythmus Versammlungen durchgeführt werden. Die fünf Sprecherinnen arbeiten gleichberechtigt miteinander.

Wer heute einen Blick auf jenen ersten Sprecherinnenrat wirft, kann ahnen, wie unterschiedlich politische Erfahrungen und Vorstellungen gewesen sein müssen, die damals aufeinander prallten:

Renate Behnisch (Evangelische Frauen- und Familienarbeit Berlin-Brandenburg),

Dr. Ursula Löbel (Demokratischer Frauenbund),

Dr. Hannelore Philipp (Arbeitslosenzentrum),

Gabriele Zimmermann (Landfrauenverband) und

die Finanzverantwortliche Gisela Kleefeld (Frauenunion der CDU).

Was wollen wir?

„Netzwerk oder Dachverband?“, so diskutierten wir acht Jahre nach der Gründung. Dahinter standen ganz praktische Fragen: Was kann der Frauenpolitische Rat im Interesse seiner Mitgliedsorganisationen und -verbände wirklich leisten? Wie kann er ein noch effektiveres Zusammenwirken organisieren?

Entschieden haben wir uns letztendlich für das Netzwerk. Die Dienstleistungen, die ein Dachverband seinen Mitgliedsorganisationen anbieten kann, sind durch unser kleines Büro kaum zu erbringen. Die Funktionen eines Netzwerkes mit vielen Querverbindungen und Verflechtungen dagegen, in dem sich jede Mitgliedsorganisation mit ihren Möglichkeiten einbringt, waren in den vergangenen Jahren immer stärker zum Tragen gekommen.

In den Diskussionen und Gesprächen um unsere „Positionsbestimmung“ wurde deutlich, dass es neben dieser grundsätzlichen Klärung dringend geboten war, strategische Zielstellungen, aber auch wichtige politische Forderungen zu konkretisieren. So entstand unser politisches Leitbild. In ihm heißt es unter anderem:

Der Frauenpolitische Rat hat zum Ziel,

- auf Landes- und Bundesebene auf eine Politik und Gesetzgebung der Chancengleichheit und Gleichberechtigung von Frauen und Männern hinzuwirken
- für das Prinzip des Gender Mainstreaming in Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Kirche und anderen gesellschaftlichen Bereichen einzutreten
- den Informationsaustausch und die kontinuierliche Kommunikation innerhalb des Verbandes zu unterstützen
- in Zusammenarbeit mit den Medien frauenspezifische Themen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Der Frauenpolitische Rat tritt ein,

- für die eigenständige Existenzsicherung von Frauen aller Altersgruppen, jeden Lebensentwurfs und jeder Lebensform
- für Chancengleichheit von Mädchen und jungen Frauen in Schule und Ausbildung
- für neue Modelle der Umverteilung von bezahlter und nicht bezahlter Arbeit
- für ein gewaltfreies Leben von Frauen und Kindern
- für gleiche Chancen und gleichen Einfluss von Frauen im öffentlichen Leben.

Wie sind wir organisiert?

Der Frauenpolitische Rat versteht sich als ein aktiver Zusammenschluss verschiedener Mitgliedsorganisationen. Jede ist verpflichtet, ihre eigene Fachkompetenz einzubringen und aktiv mitzuarbeiten. Das oberste Organ ist die Mitgliederversammlung, die öffentlich und mindestens zweimal im Jahr tagt. An ihr nehmen je zwei legitimierte Vertreterinnen der Mitgliedsverbände teil. Die Mitgliederversammlung entscheidet alle wichtigen Fragen und wählt den Sprecherinnenrat. Er bestellt die Geschäftsführerin und gilt gleichzeitig als Vorstand laut § 26 BGB.

Zum Sprecherinnenrat gehören fünf Frauen:

- 1. Sprecherin
- 2. Sprecherin
- finanzverantwortliche Sprecherin
- zwei weitere Sprecherinnen.

Damit der Frauenpolitische Rat als Netzwerk funktioniert, haben wir im Laufe der Jahre eine eigene Kommunikationsstruktur aufgebaut. Bis Anfang 2002 waren es Rundbriefe an etwa 600 Adressen, die die neuesten Ideen, Informationen und Beschlüsse weiterleiteten, die auf Aktionen hinwiesen, aber auch Probleme zur Diskussion stellten. Mittlerweile setzen wir stärker auf die Kommunikation mit elektronischen Medien. Die Rundmails zu unseren Multiplikatorinnen in ganz Brandenburg gibt es bereits seit Anfang 2000. Sie ermöglichen uns eine direktere, schnellere und kostengünstigere Zusammenarbeit.

Wir über uns

Wie arbeiten wir?

Der Frauenpolitische Rat diskutiert, entwickelt und verbreitet Vorschläge und Forderungen für eine zukunftsfähige Politik der Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen. Er vertritt sie gegenüber der Landes- und Bundesregierung, den Parteien, Gremien und der Verwaltung. Dazu stehen beispielsweise die Sprecherinnen in ständigem Austausch mit den Abgeordneten im Landtag, im Bundestag, dem brandenburgischen Frauenministerium, den Gleichstellungsbeauftragten auf Landes- und kommunaler Ebene und allen Organisationen, die für unsere Arbeit wichtig sind. Wir nehmen regelmäßig zu wichtigen Themen Stellung.

Wir arbeiten eng mit den Landesfrauenräten der anderen Bundesländer zusammen. So stehen auf der alljährlich stattfindenden Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) regelmäßig überregionale und bundespolitische Themen auf der Tagesordnung. Diese Konferenz bündelt die Interessen von Mitgliedsorganisationen aller sechzehn Landesfrauenräte. Sie dient dem Informationsaustausch und der Zusammenarbeit unter den Landesfrauenräten und soll helfen, wichtige frauenpolitische Forderungen bundesweit durchzusetzen. Die Landesfrauenräte äußern sich zu wichtigen aktuellen, aber auch strategischen Problemen. Ihr Spektrum reicht von der sozialen Sicherung für Frauen, der Bekämpfung von Gewalt in Familien über Medienpolitik und Bioethik bis zur Europapolitik.

Die Landesfrauenräte Ostdeutschlands haben sich zu einem Verbund zusammengeschlossen, der seit September 1999 als Ostlandesfrauenräte (OstLFR) in die Lobbyliste des Deutschen Bundestages eingetragen ist.

Mit dem Landesfrauenrat Berlin gibt es seit Sommer 2002 eine enge Kooperation. Anlass war die geplante Fusion der Sendeanstalten ORB und SFB, zu der beide Frauennetzwerke gemeinsam ihre Vorschläge unterbreitet und ihren Standpunkt deutlich gemacht haben.

Zur Durchsetzung unserer Vorschläge und Forderungen suchen wir uns regelmäßig Verbündete. Das sind in unserem Bundesland die Gleichstellungsbeauftragten, das Brandenburger Frauen- und Mädchennetzwerk, aber auch solche großen Organisationen wie beispielsweise die Gewerkschaften. Gemeinsam mit ihnen haben wir in den zurückliegenden zehn Jahren Aktionen durchgeführt, die auch von den Regierenden nicht übersehen werden konnten. Dazu gehören Demonstrationen, Straßenaktionen, Unterschriftensammlungen. Selbstverständlich unterstützen wir auch unsere Mitgliedsorganisationen bei ihren Initiativen. Auf Seminaren und Workshops nutzen wir zum einen die Informationen und den Sachverstand unserer Mitglieder, zum anderen bieten wir Möglichkeiten, sich in vielen Bereichen weiterzubilden. Darüber hinaus ist der Frauenpolitische Rat eine Anlaufstelle für all jene, die sich in Genderfragen beraten wollen.

Um unsere Forderungen und Vorschläge öffentlich zu machen, nutzen wir unsere engen Kontakte vor allem zu den regionalen Medien Brandenburgs.



Wir über uns

Wo arbeiten wir mit?

Begleitausschuss zum Operationellen Programm Brandenburg

Im Operationellen Programm Brandenburg werden Förderstrategien und geplante europäische Fördermittel für unser Bundesland dargestellt. Der Begleitausschuss ist ein Gremium, das sowohl die Effizienz als auch die Qualität bei der Durchführung dieses Programmes überprüft. Dabei geht es um Gelder aus drei Strukturfonds: EFRE (Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung), ESF (Europäischer Sozialfonds) und EAGFL-A (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung). Der Frauenpolitische Rat ist im Begleitausschuss mit einer beratenden Stimme als Wirtschafts- und Sozialpartner vertreten. Damit haben wir die Chance das Prinzip des Gender Mainstreamings einzubringen.

Verbraucher-Zentrale Brandenburg und Landesarbeitsgemeinschaft (LAG)

Schuldnerberatung/Insolvenzberatung

Seit Mitte der 90-er Jahre ist der Frauenpolitische Rat Mitglied bei der Verbraucher-Zentrale Brandenburg und der LAG Schuldnerberatung/Insolvenzberatung Brandenburg. Für die Vereine sind wir Ansprechpartner bei frauenspezifischen Themen. Durch die Zusammenarbeit stärken sich die Verbände gegenseitig in ihrer Lobbyarbeit.

Begleitgremium zum Aktionsplan der Landesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Das Frauenministerium hat Anfang 2002 dieses Gremium etabliert, um den im November 2001 verabschiedeten Landesaktionsplan und die geplanten Maßnahmen regelmäßig fortzuschreiben. Dazu diskutieren und beraten Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Landesministerien mit den in diesem Bereich aktiven Nichtregierungsorganisationen.



Wie haben wir Politik gemacht?

aus der Chronik . . . 1991 . . . 1992 . . . 1993 . . .

1992

Nach langen kontroversen Debatten unterzeichnen 19 Organisationen am 7. März eine gemeinsame Satzung. Aus dem Frauenpolitischen Runden Tisch ist der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. (FPR) geworden.

Mit einer Anschubfinanzierung, die sich in den folgenden Jahren zu einer wiederkehrenden Förderung entwickelt, sichert das MASGF neben Sachkosten auch eine Personalstelle. Erste Geschäftsführerin wird Ute Rohn-Tröbner.

Der FPR diskutiert im Rahmen der Brandenburgischen Frauenwoche den Entwurf zur Landesverfassung.

In Bonn werden Unterschriften gegen die geplante Wiedereinführung des § 218 übergeben.

Im Dezember findet ein Hearing zur Situation von Frauenprojekten im Land statt.

1993

Der Rat beteiligt sich an der Brandenburgischen Frauenwoche mit einer Veranstaltung „Frauen in Entscheidungsgremien“. Nach der Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichtes zum Paragraphen 218 kommt es mit Unterstützung des FPR im Mai in Potsdam zu einer Großdemonstration. Frauen aus dem gesamten Land protestieren dagegen, dass die 1992 für ganz Deutschland eingeführte liberale Fristenlösung gekippt werden soll.

Eine gleichberechtigte Besetzung des Landesverfassungsgerichtes Brandenburg mit Frauen wird durch den FPR gefordert.

Das erste Jahr des FPR ist bestimmt von Kontaktaufnahmen. Verbindungen zu Gremien sowie zu Entscheidungsträgerinnen und -trägern der Landespolitik, in Vereinen und bei Bildungsträgern werden geknüpft. Arbeitsschwerpunkte sind das Landesgleichstellungsgesetz, die Kommunalwahlen, die Unterstützung der Frauenliste in Cottbus. Der FPR beteiligt sich an der Brandenburgischen Frauenwoche mit einer eigenen Veranstaltung, nimmt Kontakt zum Verbindungsbüro des Deutschen Frauenrats und den Landesfrauenräten auf.



1991

Der Frauenpolitische Runde Tisch als Interessenverband für Frauenfragen wird am 21. Februar in Potsdam gegründet. An ihm sitzen Vertreterinnen von 18 Organisationen. Die Treffen finden einmal monatlich statt. In diesem Jahr steht auf der Tagesordnung: Erhalt von Kindertagesstätten und der außerschulischen Betreuung, Gewalt gegen Frauen und Kinder, Aufbau von Frauenhäusern und Frauenzentren, Frauen und Gewerkschaften, Gleichstellungsgesetz.

Die Diskussion um den § 218 wird mit landesweiten Protestaktionen, Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und Aufrufen begleitet.

Der Runde Tisch nimmt Stellung zum Entwurf der brandenburgischen Verfassung.

Die brandenburgischen Frauenverbände haben einen Sitz im Rundfunkrat des ORB.

Wie haben wir Politik gemacht?

... 1994 ... 1995 ... 1996 ... aus der Chronik ...

1994

Der Rat unterstützt den bundesweiten „Frauenstreiktag“.

Im Rahmen der Brandenburgischen Frauenwoche organisiert der Frauenpolitische Rat eine Veranstaltung, in der häusliche Gewalt zur Diskussion gestellt wird: „Gewalt gegen Frauen - geht das nur Frauen an?“ Zu Gast sind Frauen der Arbeitsgruppe „Brandenburg“ des FrauenRates Nordrhein-Westfalen.

Der Frauenpolitische Rat nimmt Stellung zum Entwurf des Landesgleichstellungsgesetzes.

Im September diskutiert der FPR mit Kandidatinnen zur Landtagswahl. Daraus entsteht ein Forderungskatalog an die Brandenburger Regierung. Gefordert wird die Nachbesserung des Kita- und des Landesgleichstellungsgesetzes sowie umfangreiche Forderungen zum Thema Frauen in der Wirtschaft.

Auf Initiative der Frauen- und Familienarbeit in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg rufen die Landesgleichstellungsbeauftragte Elfie Wiedemann und der Frauenpolitische Rat die Brandenburger Wählerinnen auf, bei der Landtagswahl ihre Stimme abzugeben.

Eine erste Stellungnahme zur geplanten Länderfusion Berlin-Brandenburg wird erarbeitet.

Friederike von Borstel wird neue Geschäftsführerin.

1995

Bei Diskussionsveranstaltungen im Rahmen der Brandenburgischen Frauenwoche zeigt sich, dass der überwiegende Teil der Frauen der geplanten Länderfusion Berlin - Brandenburg kritisch gegenüber steht. Der FPR bündelt die Stimmen der Frauen und organisiert Plakataktionen.

Im Sommer wird die komplette Streichung aller Finanzmittel für die Frauenverbandsarbeit und die Frauenzentren im Landeshaushaltsentwurf des kommenden Jahres als ein „Beitrag zur Haushaltskonsolidierung“ angekündigt. Zehntausend Unterschriften werden dagegen gesammelt und es kommt zu einer großen Protestdemonstration vor dem Landtag.

Zeitgleich wird der Rat in den Beirat zur Gemeinschaftsinitiative Beschäftigung der EU berufen.

In Zusammenarbeit mit dem Verbindungsbüro des Deutschen Frauenrates findet im Oktober das 1. Landestreffen brandenburgischer Frauenverbände und -vereine zum Thema: „Frauen und Strukturpolitik“ statt. Ministerpräsident Manfred Stolpe muss in seinem Diskussionsbeitrag zugeben, dass mit den geplanten Mittelkürzungen großer politischer Schaden entstanden sei. Er kündigt die Rücknahme der Kürzungen an. „Und jeder, der ernsthaft über diese Dinge nachdenkt, weiß: Wer dieses Geld wegnimmt, entzieht der Frauenarbeit die Basis, zerstört die Basis.“

Zum Entwurf der Frauenförderverordnung (Landesgleichstellungsgesetz) wird Stellung genommen.

Der Frauenpolitische Rat wird Mitgliedsverband in der Verbraucher-Zentrale Land Brandenburg und in der Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung.

1996

Der FPR organisiert ein Streitgespräch mit der Soziologin Uta Schlegel zum Thema „Warum fehlt ostdeutschen Frauen politisches Engagement?“ Die Teilnehmerinnen reagieren mit heftigem Widerstand auf die provokanten Thesen von Frau Schlegel. Die Veranstaltung wird vom ORB ausgestrahlt.

Der Rat fordert den gesetzlich festgeschriebenen Zwischenbericht zum Landesgleichstellungsgesetz ein. Einige Monate später wird er dem Landtag vorgelegt.

Der Staatsvertrag zur Länderfusion Berlin-Brandenburg wird vom Frauenpolitischen Rat kritisch beurteilt. Gemeinsam mit Berliner Frauenorganisationen positioniert sich der FPR in einem offenen Brief an Ministerpräsident Stolpe und den Regierenden Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen.

„Sozialabbau - Frauen wehren sich!“ Unter diesem Motto initiiert der Deutsche Frauenrat eine Unterschriftenaktion bundesweit gegen geplante Kürzungen. Denen sollen u.a. ABM-Mittel in Milliardenhöhe zum Opfer fallen, die Erhöhung des Kindergeldes würde ausgesetzt und das Renten-

Wie haben wir Politik gemacht?

... aus der Chronik ... 1996 ...

alter von Frauen angehoben werden. Der Frauenpolitische Rat schließt sich an und organisiert eine Protestwelle in Brandenburg. Insgesamt kann der Deutsche Frauenrat 170.000 Unterschriften an den zuständigen Bundesminister Blüm übergeben.

Mit einem Lampionumzug am Potsdamer Brauhausberg beginnt eine Protestwelle gegen Abbaupläne bei der Kinderbetreuung, der FPR gehört zu den Mitinitiatoren.

Der Frauenpolitische Rat ist nun auch im Landesschulbeirat vertreten.

Es wird ein zweitägiges Seminar zum Thema Soziosponsoring von Frauenvereinen im Herbst organisiert. Daraus entwickelt sich das Projekt **PROFUND**.

Das Frauenministerium finanziert jetzt die Geschäftsstelle.

1996 - PROTESTSTURM GEGEN KITA-KÜRZUNGEN

„Kitas droht 16-Uhr-Schluss“, „Wir leuchten den Politikern heim“, „Das Beste ist gerade gut genug“ lauten im Herbst 1996 Schlagzeilen in regionalen und überregionalen Medien. Der Anlass: ein erstmalig vorgelegtes Haushalts-Strukturgesetz sieht vor, u.a. durch die Veränderung des Personalschlüssels bei der Kinderbetreuung künftig 43 Millionen Mark einzusparen. Wenige Monate nachdem im Land Brandenburg der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz von 0 -12 Jahren im Kindertagesstätten-Gesetz festgeschrieben worden ist, soll nun die Betreuungssituation deutlich verschlechtert werden.

Hintergrund der neuen radikalen Sparversuche ist ein Kassensturz: Mit 7.000 DM pro Kopf ist Brandenburg von allen ostdeutschen Bundesländern am höchsten verschuldet.

Durch Brandenburg geht ein Proteststurm. Am 23. Oktober 1996 ruft der FPR gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Eltern und Kinder zu einem Lampionumzug am Potsdamer Brauhausberg auf. Den Politikern soll ein Licht aufgesteckt werden. Es ist der Beginn einer Serie von landesweiten Aktionen.

Vier Jahre später. Wieder wird ein Sparpaket angekündigt, und wieder ist das Kita-Gesetz dabei. Die Landesregierung will die Zuschüsse für Kitas von bisher 320 Mio. DM um 93 Mio. DM kürzen. Das würde das Angebot der Ganztagsbetreuung einschränken, bedeutet den Verzicht auf einen Rechtsanspruch für einen Kita-Platz bis zum 2. Lebensjahr und die Streichung der Hortplatzgarantie für 10 bis 12-Jährige. Die GEW ruft zum Akti-

onsbündnis „Für unsere Kinder“ auf und will vier Grundforderungen durchsetzen:

- Beibehaltung des uneingeschränkten Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz
- Uneingeschränkte Planungssicherheit für die Kommunen
- Keine Einschränkung der Öffnungszeiten
- Sozial verträgliche Elternbeiträge.

Der Frauenpolitische Rat beteiligt sich aktiv am Aktionsbündnis. Wie viele der anderen Mitgliedsorganisationen des Rates wendet sich auch die ASF gegen die Entscheidung - und damit gegen ihre eigene Partei. Die Volksinitiative ist erfolgreich: 152.000 Unterschriften kommen zusammen. Die Ablehnung der Volksinitiative durch den Hauptausschuss des Landtages veranlasst das Aktionsbündnis zur Einreichung einer Verfassungsklage. Der Landtag beschließt, den Rechtsanspruch einzuschränken. Und das Recht auf kommunale Selbstverwaltung wird gestärkt, indem die Kommunen vor Ort entscheiden, wie Kinderbetreuung organisiert wird. Das kostengünstigere Modell Tagespflege hält Einzug im Land Brandenburg.

Im Juni 2001 wird die Zulässigkeit der Verfassungsklage abgewiesen.

Brandenburg hat im bundesweiten Vergleich noch immer ein überdurchschnittlich dichtes Netz an Kindertagesstätten. Solange die desolade Finanzlage Brandenburgs anhält, wird öffentlich finanzierte Kita-Betreuung immer wieder zur Diskussion stehen.

Wie haben wir Politik gemacht?

... 1997 ... 1998 ... aus der Chronik ...

1997

Anlässlich der 7. Brandenburgischen Frauenwoche organisiert der Rat die Aktion „Erhalt der Frauenförderung“. Es werden 1.600 Postkarten an Finanzministerin Wilma Simon geschickt.

„Frauen gestalten Zukunft“ lautet das Motto des 2. Landestreffens der brandenburgischen Frauenverbände, -vereine und -initiativen in Potsdam. Die Frauen diskutieren über Themen wie die gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben, ihren Platz in Gremien auf Landes- und Kommunebene, ihren Beitrag zur Dorf- und Stadtentwicklung. Die Brandenburger Finanzministerin Wilma Simon sichert bis zum Jahr 2001 jährlich rund 4,4 Millionen Mark Frauenfördermittel zu. Die Teilnehmerinnen fordern die Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes, damit künftig mehr Frauen in Entscheidungsgremien sitzen. Außerdem verlangen sie die aktive Einbindung der Lesben in alle gesellschaftlichen Bereiche.

Der Frauenpolitische Rat mischt sich in die Debatte um die Steuerreform ein. Auf der Mitgliederversammlung wird eine gemeinsame Stellungnahme verabschiedet. Kernforderung ist die Abschaffung des Ehegattensplittings und eine elternunabhängige Grundsicherung für Kinder in Höhe von 600 Mark.

Die Frauenräte der neuen Bundesländer beschließen, sich ab jetzt regelmäßig zu treffen, wichtige Themen gemeinsam zu beraten und ihre Zusammenarbeit stärker auszubauen. So entsteht das Netzwerk der Ostlandesfrauenräte (Ost-LFR).

Der FPR gibt den basisdemokratischen Ansatz von sechs Mitgliederversammlungen pro Jahr auf, um sich mehr auf die inhaltliche und öffentlichkeitswirksamere Arbeit zu konzentrieren.

Seine Geschäftsstelle ist nun auch per Mail zu erreichen.

1998 - GERECHTE STEUERN FÜR FRAUEN

40 Jahre Ehegattensplitting und die aktuelle Steuerreform sind Anlass für zwei Veranstaltungen, die der Frauenpolitische Rat anlässlich der Brandenburgischen Frauenwoche organisiert. Die Steuerberaterin Marianne Schwan (Autorin des Handbuches „Steuererklärung für Frauen“) zeigt, wie die Steuer- und Finanzpolitik Frauen nicht nur zuviel Geld abknöpft, sondern auch ihre Berufstätigkeit gezielt verhindert. Sie treibt Mütter zum Sozialamt und Rentnerinnen nach einem arbeitsreichen Leben in die Armut. Diskutiert werden auf den Veranstaltungen auch Forderungen, die der Frauenpolitische Rat im Rahmen der geplanten Steuerreform 1998/99 auf den Tisch gelegt hat:

- Einführung eines steuerfreien Existenzminimums
- Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten von Individualbesteuerung und damit ersatzlose Streichung der Steuerklasse V
- Volle Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten sowohl für allein Erziehende als auch für Eltern mit und ohne Trauschein
- Eine elternunabhängige Grundsicherung für Kinder in Höhe von 600 DM
- Ein Spitzensteuersatz, der sich an den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit orientiert. Die Inanspruchnahme von Vergünstigungen wie Abschreibungsvorteile darf nicht dazu führen, dass Einkommensmillionäre steuerlich auf den Nulltarif kommen.

1998

Zum Thema „Frauen und Steuern“ organisiert der FPR im Rahmen der Brandenburgischen Frauenwoche zwei Veranstaltungen mit der Buchautorin und Steuerexpertin Marianne Schwan.

Der FPR startet **PROFUND** - das Projekt Fundraising. Mit ihm soll eine langfristige Strategie erarbeitet und getestet werden, um für Frauenverbände und -vereine alternative Finanzquellen zu erschließen.

Zur Bundestagswahl im September 1998 gibt der FPR den brandenburger Frauen erstmals Wahlprüfsteine in die

Wie haben wir Politik gemacht?

. . . aus der Chronik . . . 1998 . . . 1999 . . .

Hand. Sie sollen ihnen helfen, die Programme der Parteien und Politiker zu hinterfragen. Zu den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen gibt der Rat das Faltblatt „Frauen wählen Frauen“ heraus.

Der Frauenpolitische Rat engagiert sich zusammen mit SHIA e.V. (Selbsthilfegruppen Alleinerziehender) zum Thema Kindschaftsrecht.

Auf Bitten des Landtagsausschusses Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen nimmt der FPR zum Antrag auf Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes Stellung. Er lehnt den Gesetzentwurf in vielen Punkten ab, weil er nicht umfassend genug ist.

Erstmals verschickt der Frauenpolitische Rat einen Rundbrief an PartnerInnen und Interessierte in Brandenburg, aber auch im Bundesgebiet.

1999

Der Rat unterstützt Dagmar Schipanski, Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin und organisiert eine Diskussionsveranstaltung.

Der Frauenpolitische Rat ruft zu Straßenaktionen und frauenpolitischen Veranstaltungen anlässlich der Landtagswahl auf. Dazu gibt er einen Forderungskatalog heraus. Der Rat selbst organisiert eine Straßenaktion in der Potsdamer Innenstadt mit dem Autonomen Frauenzentrum.

Vehement, aber ohne Erfolg setzt sich der Frauenpolitische Rat für eine weibliche Frauenministerin ein.

Das 3. Landestreffen der brandenburgischen Frauenverbände und -vereine in Potsdam tagt zum Thema: „Frauen gestalten lokale Agenda 21“. Dabei geht es um Verflechtung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem in den Kommunen.

1998 - PROFUND - PROJEKT FUNDRAISING

In welchem Umfang können sich Frauenvereine und -initiativen durch professionelles Fundraising finanzieren? Diese Frage steht am Beginn von **PROFUND** - Projekt Fundraising des Frauenpolitischen Rates. Die Notwendigkeit der Geldbeschaffung ist jedem klar: Die Finanzlage auf kommunaler und Landesebene spitzt sich seit Jahren zu. Damit würde die Förderdecke langfristig immer dünner werden. Wenn Frauenprojekte weiter arbeiten wollen, müssen sie versuchen, andere Quellen zu erschließen, Spenden oder Bußgelder beispielsweise. Aber wie kommt frau an die heran? Es bedarf eines professionellen Projektmanagements, einer guten Öffentlichkeitsarbeit und weit verzweigter Kontakte.

Mit **PROFUND** soll eine langfristige Strategie erarbeitet und getestet werden, um alternative Finanzquellen zu erschließen.

Auf Workshops lernen die Teilnehmerinnen, wie Mittel professionell zu beschaffen sind. Sie qualifizieren sich zu den Themen Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, Verhandlungssicherheit, Planungsmethoden, Einsatz von EDV und Sponsoring. Alle

erarbeiten Fundraising-Jahrespläne, die umgesetzt und danach gemeinsam ausgewertet werden. Sie diskutieren ihre Erfolge und Misserfolge bei der Spendenbeschaffung, beraten mit Richtern Möglichkeiten der Bußgeldakquise, führen gemeinsame Aktionen durch, um die Arbeit ihrer Vereine bekannter zu machen.

Das Projekt fordert einen sehr hohen Zeitaufwand. Den können nicht alle Zentren und Initiativen leisten. Nur drei der Starterinnen kommen schließlich am Ziel an: das Frauenzentrum Cottbus, der Ludwigsfelder Frauenstammtisch und das Frauenzentrum Schwedt. Als vierter Teilnehmer steigt im Laufe des Projektes der Frauenpolitische Rat selbst mit ein, der bis dahin nur Träger gewesen ist.

Ein Ergebnis des Projektes ist, dass ein kontinuierlicher Geldfluss über Fundraising nicht geplant werden kann. Die öffentliche Hand darf sich keinesfalls aus der Finanzierung von Frauenorganisationen zurückziehen. Dennoch, so betonen alle Projektteilnehmerinnen, hat es sich gelohnt mitzumachen. Sie konnten ihr Image verbessern, ihre Fundraisingaktivitäten professionalisieren und ihre Ziele schärfer herausarbeiten.

Wie haben wir Politik gemacht?

... 1999 . . . 2000 . . . aus der Chronik . . .

Entscheidende Forderung ist, dass Frauenverbände in alle politischen Entscheidungen eingebunden werden.

Gemeinsam mit den Ostlandesfrauenräten wehrt sich der FPR gegen die diskriminierende Bezeichnung von Tiefdruckgebieten. Während freundlicher Hochdruck immer mit Männernamen betitelt wird, sind die Schlechtwetter verheißenden Tiefs grundsätzlich weiblich. Der Vorstoß hat Erfolg - künftig werden Hochs und Tiefs abwechselnd weiblich und männlich benannt.

2000

Die Novellierung des Kita-Gesetzes, mit Einschränkung des Rechtsanspruchs und der Neustrukturierung der Finanzbeteiligung des Landes, ist das Arbeitsthema des Jahres.

Der Frauenpolitische Rat beteiligt sich am Aktionsbündnis „Für unsere Kinder“. Der Rat nimmt schriftlich und mündlich Stellung in zwei Anhörungen des Landtages.

Der Frauenpolitische Rat beteiligt sich an der bundesweiten Kampagne des VAMV „Was sind dem Staat die Kinder wert?“ Kernforderungen sind ein Kindergeld in Höhe von 600 Mark für jedes Kind und die Einführung der Individualbesteuerung statt des Ehegattensplittings. Die Friedrich-

2000 - GEWALT GEGEN FRAUEN - WIR HALTEN DAGEGEN

Am 25. November 1960 wurden die drei Schwestern Patria, Minerva und Maria Teresa Mirabal im Auftrag des Diktators Trujillo vom dominikanischen Geheimdienst ermordet. Zu ihrem Gedenken gibt es seit 1981 einen internationalen Anti-Gewalttag.

Auch die Frauen aus Brandenburg machen seit vielen Jahren mit Aktionen in verschiedenen Orten auf diesen Tag aufmerksam. Nun, im Jahr 2000, koordinieren der Frauenpolitische Rat, das Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser und die LAG der Frauenzentren erstmalig die unterschiedlichen Aktivitäten. Das Motto: „Gewalt gegen Frauen - Wir halten dagegen“. In 25 Städten und Kommunen des Landes finden Veranstaltungen und Ausstellungen statt. Zum Thema gestaltete Postkarten und ein Informationsfaltblatt machen auf das Problem aufmerksam.

In den folgenden Jahren schließen sich dann die Brandenburger Frauen der bundesweiten Aktion von TERRE DES FEMMES an: „frei leben - ohne Gewalt“ - steht auf den Fahnen, die im November in fast 40 Kommunen des Landes wehen.

Das Thema Gewalt gegen Frauen hat den FPR seit Beginn seines Bestehens bewegt: Diskussionsrunden, Veranstaltungen auf der Brandenburgischen Frauenwoche, Workshops, politische Forderungen. In enger Zusammenarbeit mit dem Netzwerk brandenburgischer Frauen-

häuser hat sich der Frauenpolitische Rat immer für die materielle Absicherung gerade der Frauenhäuser eingesetzt. Derzeit gibt es im Bundesland 22 Zufluchtstätten, die etwa 400 Frauen und Kinder aufnehmen können. Sie alle sind 24 Stunden am Tag erreichbar. Ausgebildete Sozialarbeiterinnen, Erzieherinnen und Diplompädagoginnen sind rund um die Uhr für die Hilfesuchenden da. Es wird den Frauenhausmitarbeiterinnen nicht leicht gemacht, Jahr für Jahr das Geld für die Frauenhausarbeit von Land und Kommunen zu erhalten.

Die Veranstaltungen zum Anti-Gewalttag in ganz Brandenburg sollen die Öffentlichkeit für das Problem sensibilisieren - aber auch die Politikerinnen und Politiker einbinden und stärker in die Pflicht zu nehmen.

Analog dem Aktionsplan der Bundesregierung zur „Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ gibt es seit November 2001 auch in Brandenburg einen Landesaktionsplan, in den sich der FPR mit seinen Forderungen einbringt. Eine der wichtigsten: Prügelnde Männer sollen schneller und unbürokratischer als bisher aus der Wohnung verwiesen werden können. Das neue Gesetz der Bundesregierung zum Schutz vor Gewalttaten bietet dafür eine gute Grundlage. Der Frauenpolitische Rat setzt sich dafür ein, dass diese gesetzlich garantierten Möglichkeiten über all zur Praxis werden.

Wie haben wir Politik gemacht?

. . . aus der Chronik . . . 2000 . . . 2001 . . .

2001 – KAMPF UMS GELD

Geldsorgen haben alle Frauenprojekte immer begleitet. Im Herbst 2001 aber geht es bei vielen Frauenvereinen und -zentren, bei Familienverbänden und Frauenhäusern um die Existenz. Die Förderung in diesem Bereich soll in den Jahren 2002/2003 von sechs Millionen Mark auf vier Millionen herunter gefahren werden. 30 Prozent weniger Förderung hieße für viele Einrichtungen das Aus. „Schon jetzt ist die Personaldecke in allen Bereichen so zu dünn“, argumentiert der Frauenpolitische Rat in einer Presseinformation, „dass Kürzungen von einem Drittel zur existentiellen Gefährdung der Arbeit führen.“ Allein der Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Brandenburg wäre damit zunichte gemacht. Schon jetzt ist der Betreuungsschlüssel in den 25 Brandenburger

ger Frauenhäusern mit 1:10 einer der schlechtesten in Deutschland. Die Mitarbeiterinnen dort werden untertariflich bezahlt, ein immer größerer Anteil ihrer Arbeit ist ehrenamtlich zu leisten. Auch für viele der 18 Brandenburger Frauenzentren würden derart drastische Kürzungen ein Ende der Arbeit bedeuten. Kommunen, die ebenfalls kein Geld haben, werden nicht einspringen. Auf der Kippe stehen außerschulische Mädchenprojekte, Familienförderungen und natürlich auch solche wichtigen landesweiten Aktionen wie der internationale Tag „Nein zur Gewalt an Frauen“.

Massive Proteste, organisiert von den Gewerkschaften, den Parteien und dem Frauenpolitischen Rat, erzwingen zumindest teilweise ein Einlenken.

Ebert-Stiftung in Berlin führt zu diesem Thema auf Initiative der Ostlandesfrauenräte eine Fachtagung für Multiplikatorinnen durch.

Im FPR beginnt eine grundsätzliche Diskussion: Netzwerk oder Dachverband? Ziel ist ein Leitbild zur besseren Zusammenarbeit der Mitgliedsorganisationen und eine wirkksamere Präsentation nach außen.

Erstmals wird auch in Brandenburg der internationale Aktionstag „Gewalt gegen Frauen“ landesweit gemeinsam begangen. Initiator sind neben dem Frauenpolitischen Rat das Netzwerk brandenburgischer Frauenhäuser und die LAG der Frauenzentren.

2001

Die Konferenz der Landesfrauenräte trifft sich diesmal in Potsdam mit dem Themenschwerpunkt: Umsetzung des Aktionsplanes der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in den einzelnen Bundesländern.

Die Mitgliedsorganisationen des Rates diskutieren kritisch über den Entwurf des Aktionsplanes der Brandenburger Landesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Sie verabschieden eine Stellungnahme.

Das brandenburgische Verfassungsgericht lehnt die Klage des Aktionsbündnisses „Für unsere Kinder“ ab.

Erneut regiert im Brandenburger Landeshaushalt der Rotstift. Auf der „Gifftliste“ der Regierung für die Jahre 2002 und 2003 sollen allein im Bereich Frauen, Gleichstellungs- und Familienpolitik 30 Prozent eingespart werden. Massive Proteste verhindern das Schlimmste.

Durch Beschluss der Mitgliederversammlung übernimmt der FPR die landesweite Koordinierung der Brandenburgischen Frauenwoche ab 2002.

Die Mitgliederversammlung verabschiedet das Leitbild des Frauenpolitischen Rates.

Am landesweiten Aktionstag „Gewalt gegen Frauen – wir halten dagegen“ am 25. November beteiligen sich mehr als 30 Kommunen.

Aktuelle Informationen gibt es jetzt unter www.frauenrat-brandenburg.de.

Wie haben wir Politik gemacht?

... 2002 ... aus der Chronik

2002

Die Koordinierung der Brandenburgischen Frauenwoche begleitet jetzt der Beirat Brandenburgische Frauenwoche. In diesem Jahr steht die Woche unter dem Motto „Unbekannte Schwestern - durchbrechen wir die Mauern des Schweigens“. Themenschwerpunkte sind: Gewalt gegen Frauen, ausländische Frauen, Asylbewerberinnen, Aussiedlerinnen, Frauen und die EU-Osterweiterung. Der Beirat koordiniert die landesweite Öffentlichkeitsarbeit und berät bei der Vergabe der Fördermittel.

Friederike von Borstel tritt nach acht Jahren von ihrem Amt zurück. Sie hat die Arbeit des FPR entscheidend mit geprägt.

Cornelia Schuster übernimmt die Geschäftsführung.

Zur Bundestagswahl 2002 verteilt der FPR unter dem Motto „Frauen entscheiden die Wahlen zum Bundestag“ an In-

formationsständen seine Wahlprüfsteine 2002. Zusätzlich wurden die Bundestagskandidatinnen der Parteien gebeten, sich zu den Kernfragen der Wahlprüfsteine 2002 zu äußern. Die Antworten sind im Internet abrufbar.

Zusammen mit den Mitgliedsorganisationen Netz der Regionalstellen Frauen und Arbeitsmarkt im Land Brandenburg und der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten mischt sich der FPR aktiv in die Diskussion um die EU-Förderung „Verzahnung und Chancengleichheit“ ein.

In Vorbereitung ist der 3. landesweite Aktionstag „Nein zu Gewalt an Frauen“ um den 25. November.

Der Beirat beschließt das Motto der Brandenburgischen Frauenwoche 2003: UnErhörte Weiblichkeit - Unsere Stärke ist die Zukunft.

2002 - WAHLPRÜFTSTEINE

Gut handhabbare orange Faltblätter werden auf Brandenburger Straßen und Plätzen verteilt. Sie richten sich an Wählerinnen und Wähler - insbesondere aber an die Frauen des Bundeslandes. Auf deren Interessen und Bedürfnisse sind die Fragen zugeschnitten, mit denen Politikversprechen zur Bundestagswahl im September hinterfragt werden können. Hartnäckig und konkret, so rät der Frauenpolitische Rat, sollte jeder, vor allem aber jede, vor der eigenen Wahlentscheidung nachhaken. Letztendlich besteht nur alle paar Jahre eine Chance auf einen Politikwechsel!

Die Wahlprüfsteine bieten klar formulierte Kriterien, um vollmundige Wahlversprechen abzuklopfen. Sie machen Mut, bei Politikerinnen und Politikern und ihren Parteien laut und öffentlich nachzuhaken. Einige Beispiele: Welche Visionen haben Sie und Ihre Partei für einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen den Geschlechtern und den Generationen sowie zwischen Arm und Reich; und wie sehen Ihre konkreten Schritte aus?

Treten Sie für den Erhalt und Ausbau eines flächen-

deckenden Netzes an Kinderbetreuungseinrichtungen in der gesamten BRD ein?

Mit welchen Maßnahmen setzen Sie sich für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen ein?

Werden Sie eine Steuerreform vertreten, die durch Abschaffung des Ehegattensplittings sowie des Haushalt-freibetrages für allein Erziehende der konsequenten Individualbesteuerung den Weg frei macht?

Die Wahlprüfsteine, die erstmals 1998 entwickelt wurden, haben sich auch 2002 als Arbeitsmittel bewährt. Über die Mitgliedsorganisationen landesweit an die Wählerinnen und Wähler gebracht, bilden sie Unterrichtsmaterial oder Diskussionsbasis mit Politikerinnen und Politikern. Ein weiteres Faltblatt fordert zum Gang an die Wahlurne auf: „Frauen entscheiden die Wahlen zum Bundestag“. Beide Aktionen zeigen Erfolg. Wie die Wahlanalyse und die Medienberichterstattung beweisen, setzen Frauen deutlich andere Akzente als Männer.

Fünf von vielen

Einander zuhören können - Renate Behnisch

Frauen müssen stark sein. Daran erinnert sich Renate Behnisch, wenn sie an ihre Kindheit denkt. Ihr Vater war gefallen, sie selbst bei Kriegsende fünf Jahre alt. Mutter und Großmutter brachten die Familie durch schwere Nachkriegsjahre. „Sie haben nicht viel darüber gesprochen, aber sie haben die Verantwortung übernommen.“ Eine Erfahrung, die die evangelische Theologin prägte. Und die auch ihre Entscheidungen in der Wendezeit beeinflusste: „Wir konnten doch nicht warten, bis die Regierung Frauenthemen aufgriff!“

Und so setzte sie sich als Vertreterin der Evangelischen Frauen- und Familienarbeit an den Frauenpolitischen Runden Tisch. Probleme hatte sie schon, als sie dort neben Mitgliedern neuer Vereine und Zentren auch auf Frauen traf, die den DDR-Staat aktiv mitgetragen hatten. Einen Staat, der es ihr nicht gerade leicht gemacht hatte. Seit frühester Kindheit war sie immer in Kirchengruppen aktiv und hatte aus ihrer christlichen Überzeugung nie ein Hehl gemacht. Fürs Abitur fehlte ihr so die „richtige“ Haltung - Renate Behnisch konnte erst einmal lediglich die Fachschule für Stenotypistinnen abschließen. Als Sekretärin beim Leipziger Ministerium für Kohle und Energie fiel sie auf, weil sie an ihrer Jacke ein Abzeichen mit einer Weltkugel und dem Kreuz trug. Eine erniedrigende Aussprache folgte - und irgendwann zog die junge Frau die Konsequenzen und kündigte. Ihre Kinder machten ähnlich bittere Erfahrungen: Den beiden ältesten Söhnen wurde das Abitur verwehrt, obwohl sie doch zu den besten in der Klasse gehörten.

Renate Behnisch, die in den 60-er Jahren schließlich Theologie studierte und auch mit einem Theologen verheiratet ist, hat es über viele Jahrzehnte verstanden, den geschützten Raum, den die Kirche bot, zu nutzen. Als Mitarbeiterin der evangelischen Frauen- und Familienarbeit in Potsdam führte sie unzählige Gespräche mit allein Erziehenden, jungen Müttern, aber auch älteren Frauen. Dabei kamen Probleme zu Tage, die so nicht in den Zeitungen standen und schon gar nicht auf den großen Parteitag erörtert wurden. „Es war auch für eine DDR-Frau schwer, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Trotz der guten Kinderbetreuungsmöglichkeiten.“ Wie viele fühlten sich als Versagerin, einfach weil sie nicht alles schafften. Wie viele hatten ein schlechtes Gewissen, weil die Zeit nie reichte. Und dann jene, die bewusst wegen der Kinder auf eine Berufstätigkeit verzichteten und sich als Hausfrauen minderwertig fühlten. „Solche Probleme wurden bei uns unter dem Dach der Kir-

che sehr offen diskutiert.“ Renate Behnisch konnte aus eigener Erfahrung mitreden. Schließlich hat sie selbst vier Kinder groß gezogen und dafür lange Zeit auf eine berufliche Entwicklung verzichtet. „In meiner Generation waren es die Frauen, die zurücksteckten.“

Mit der Wende wurden Probleme öffentlich gemacht, die bis dahin in der Gesellschaft tabu gewesen waren. Wie stand es tatsächlich um die Gleichberechtigung in der DDR? Aber auch Abtreibungsnot, sexueller Missbrauch, Gewalt in Familien. „Das erste Mal hatten wir wirklich für solche Fragen ein öffentliches Podium und nicht nur den begrenzten kirchlichen Raum.“ Das wollte Renate Behnisch nutzen. Am Runden Tisch und später im Frauenpolitischen Rat. Es sollte nicht nur geredet, es sollte verändert werden. „Und das, was uns wirklich geholfen hat und was durchaus auch gut war, durfte nicht den Bach runter gehen.“ Lohnte sich dafür nicht auch ein Zusammengehen mit jenen, die auf der „anderen Seite“ gestanden hatten, jetzt aber durchaus auch verändern wollten?

„Wir haben gelernt, die Haltung der anderen zu akzeptieren und zu tolerieren. Weil wir uns zugehört haben. Man versteht sich doch eher, wenn man die Geschichten der anderen kennt.“ Und dabei feststellt, dass eine Vielfalt von Haltungen und Erfahrungen auch eine Chance sein kann. Die Chance, miteinander etwas zu bewegen.

Renate Behnisch,
Theologin, Mitbegründerin des Frauenpolitischen Rates,
Sprecherin des FPR 1992-1994 und 1996-1999,
Vertreterin der evangelischen Frauen- und
Familienarbeit Berlin-Brandenburg



Miteinander statt gegeneinander - Prof. Dr. G. Schaarschmidt

„Wenn ich zu Hause sitze, werde ich verrückt.“ Das sagte sich Gisela Schaarschmidt im Frühjahr 1990 immer wieder. Sie war 55 Jahre alt, hatte einen Dokortitel in der Tasche und in den zurückliegenden 20 Jahren als wissenschaftliche Mitarbeiterin und schließlich als Dozentin und Professorin an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR gearbeitet. Die Entscheidung, diese Stelle zu verlassen, traf sie freiwillig: „Sollte ich den Studenten von einem Monat zum anderen etwas völlig anderes erzählen als in all den Jahren vorher?“ So nahm sie das Vorruhestandsangebot an. Ruhe geben aber konnte sie noch lange nicht. Und verstecken wollte sie sich auch nicht.

Damals stand die Frage: Was wird mit dem DFD? Der Demokratische Frauenbund, jener Verband, der immer für alle Frauen in der DDR gesprochen hatte und dem die Mitglieder nun in Scharen davon liefen. Aber gab es da nicht auch viele, für die er eine Basis war? Die neue Zeit würde für Frauen nicht einfacher werden. Das war Gisela Schaarschmidt von Anfang an klar. Wäre nicht gerade jetzt ein DFD wichtig, der sich tatsächlich für Fraueninteressen einsetzt? Die Wissenschaftlerin lief zu Diskussionen, machte Vorschläge, nahm in die Hand und wurde schließlich Gründungsmitglied des umgestalteten Demokratischen Frauenbundes (dfb) e.V. für die sechs neuen Bundesländer und zur Vorsitzenden des Landesverbandes Brandenburg gewählt. Was sie mitbrachte, war nicht nur theoretisches Wissen. Unmittelbar nach ihrem Studium war sie von 1963 bis 1970 Bürgermeisterin der sächsischen Stadt Crimmitschau. Der Ort mit seinen etwa 30.000 Einwohnern hatte genügend kommunale Probleme, um die junge Frau täglich von früh bis spät in die Nacht zu beschäftigen. Die Entscheidungen, die sie traf, mussten nicht selten hart durchgesetzt werden. Zum Beispiel jene Wiese, bei der der Streit darum ging, ob auf ihr Autos geparkt werden sollten oder ob auf ihr Kinder spielen können. „Da habe ich schnell gemerkt, dass Frauen Dinge anders entscheiden als Männer.“ Die Männer votierten klar für den Parkplatz. Und es war nicht einfach, sie davon zu überzeugen, dass es auch ihre Kinder waren, die einen sicheren Ort zum Spielen brauchten. Ob ein Mann als Bürgermeister das so durchgekämpft hätte? Vermutlich nicht. Frauen mussten sich schon selbst für ihre Interessen einsetzen, wurde der jungen Bürgermeisterin sehr schnell klar. Und erreichen konnten sie nur etwas, wenn sie nicht gegeneinander arbeiteten. Erfahrungen, die sie mit in die Wendezeit nahm.

So saß der dfb mit seiner Landesvorsitzenden Gisela Schaarschmidt von Beginn an am Frauenpolitischen Runden Tisch Brandenburg. Eins begriff und akzeptierte sie sofort: „Wir waren natürlich die Alten. Und mussten erst mal ruhig sein. Gerade weil der DFD immer den Anspruch gehabt hat, für alle Frauen zu sprechen, mussten wir uns nun zurücknehmen und erst mal den anderen zuhören. Eine unter vielen sein.“ Was Gisela Schaarschmidt damals verblüffte: Ihre Vorschläge waren durchaus gefragt. Einmal, weil oft genug sie es war, die den Anstoß für einen Kompromiss gab: „Das musste ich als Bürgermeisterin lange genug üben!“ Aber auch wegen ihrer engagierten Arbeit an der Basis. Der Übernahme von Kitas beispielsweise, die kurz vor der Schließung standen. Sie, die „Alten“, wurden zunehmend akzeptiert. Auch von jenen, die sich in der DDR nie öffentlich artikulieren durften: Frauen aus der Kirche, autonome Frauen, lesbische Frauen und viele mehr. Seit zwölf Jahren leitet Gisela Schaarschmidt nun den Landesverband des dfb, der in Brandenburg über 1.000 Mitglieder hat. Eine Arbeit, die die heute 67-Jährige mitunter bis an die Grenze ihrer Kraft bringt. „Ich habe eben immer gemacht, was nötig war“, sagt sie und möchte es so auch weiter halten.

Prof. Dr. Gisela Schaarschmidt,
Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes
Landesverband Brandenburg e.V. und Gründungsmitglied
des Frauenpolitischen Runden Tisches 1991



Fraueninteressen aufs Podium - Friederike von Borstel

Das kann ich, sagte sich Friederike von Borstel. Als der Frauenpolitische Rat Anfang 1994 eine halbe Stelle aus schrieb, meldete sich die damals 36-Jährige sofort. Verlangt wurden Kenntnisse in Buchhaltung, und die hatte sie durch Jobs vor und während des Studiums auf jeden Fall. Dass es hier um weit mehr als Buchhaltungskenntnisse ging, wurde ihr in der Vorstellungsrunde mit den anderen Bewerberinnen sofort klar. Letztlich blieb sie als einzige übrig und wurde in der Mitgliederversammlung am gleichen Tag bestätigt.

Es war ein Glück für beide Seiten. Der Verein brauchte eine Frau, die mehr konnte als die Buchhaltung in Ordnung bringen, Akten sortieren und im Büro den Überblick behalten. Eine Frau, der es Spaß machte, Dinge anzustoßen, zu organisieren und Fäden zu knüpfen. Und genau das suchte auch die studierte Ernährungswissenschaftlerin. Ein Jahr zuvor war sie mit ihrer Familie von Heidelberg nach Potsdam gezogen und genoss nun die Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die es im Osten gab. Im Westen hatte sie einiges auf die Beine stellen müssen, um ihren 1989 geborenen Sohn Heinrich unterzubringen. Der Kindergruppe, die sie schließlich als Lösung fand, fehlten dauerhaft feste Räume. Um hier Abhilfe zu schaffen, schloss sie sich einer Initiative zur Errichtung einer überbetrieblichen Kindertagesstätte an.

Nun, im Osten, hörte sie mitunter, dass sie als mitgezogene Ehefrau das Hausfrauendasein doch gewohnt sei. Dabei war es für sie ganz selbstverständlich, schon bald nach der Geburt des ersten Sohnes wieder arbeiten zu gehen. „Ich fand meine berufstätige Mutter immer toll und wollte es für mich nicht anders halten.“

Die halbe Stelle beim Frauenpolitischen Rat schien nun nicht nur eine Chance, im Osten richtig anzukommen. Sie bot, was Friederike von Borstel seit jener Vereinsgründung in Heidelberg lange gesucht hatte: Eigenständiges Arbeiten, Verantwortung und die Verbindung von Haupt- und Ehrenamt. Denn es galt nicht nur, sich sofort um Gelder zu kümmern, damit die Arbeit des Frauenpolitischen Rates weiter laufen konnte. 1994 fanden Landtagswahlen statt und da sollte die Stimme des Frauenpolitischen Rates gehört werden. Friederike von Borstel organisierte mit ihren Mitstreiterinnen eine Podiumsdiskussion. Zum Jahresende konnte dann ein Katalog mit klaren frauenpolitischen Forderungen auf den Tisch gelegt werden.

Neben der politischen Arbeit hatten der Rat und seine Mitgliedsorganisationen immer wieder mit Geldsorgen zu

kämpfen. Es entstand die Idee **PROFUND**. Ein mehrjähriges Fundraising-Projekt, das unterschiedlichste Frauenorganisationen verband und in dem sie gemeinsam lernten, wie sich Geld beschaffen lässt. Für Friederike von Borstel hieß das immer: sich Gehör verschaffen, wahrgenommen werden. In den Ministerien, im Landtag, aber auch in den Medien. Dass der Frauenpolitische Rat heute an vielen Stellen bekannt ist und nicht ohne weiteres übergangen werden kann, ist vor allem seiner Geschäftsführerin zu verdanken. 2001 verlieh ihr das Autonome Frauenzentrum Potsdam für engagierte Lobby-Arbeit den Hexenbesen.

Nun, nach acht Jahren, hat sie einer Nachfolgerin Platz gemacht. „Genug ist genug“, sagt Friederike von Borstel, sie habe schon viel zu lange im Mittelpunkt gestanden. Dass die Arbeit auch ohne sie als Hauptamtliche weitergeht, die verschiedenen Vereine es geschafft haben, untereinander gute Kontakte zu knüpfen, ist wohl das wichtigste Ergebnis ihrer Arbeit. „Auch wenn ich mir eine ausgeprägtere Streitkultur gewünscht hätte.“

Für sich selbst weiß sie nun sicher: Netzwerkarbeit für Fraueninteressen ist das, was ihr am Herzen liegt. Ob nun haupt- oder ehrenamtlich - sie wird auf jeden Fall dabei bleiben.

Friederike von Borstel,
von 1994 bis 2002 Geschäftsführerin
des Frauenpolitischen Rates



Fünf von vielen

Der Osten hat mich politisiert - Helga Zaddach



Nein, in den Fraupolitischen Rat wollte Helga Zaddach nicht. Die Vorstellung von „lila-latzhosenigen Weibern“ stieß sie ab. Aus Nordrhein-Westfalen kannte sie das zur Genüge! „Schau es dir doch erst mal an“, wurde sie gebeten. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen brauchte dringend eine Delegierte im Rat.

Die damals 39-Jährige ging hin - und war begeistert von der „bunten Truppe“: „Dort wurden keine Lebenswirklichkeiten ausgegrenzt. Es war was völlig anderes als im Westen.“

Nach Brandenburg war Helga Zaddach 1991 gekommen. Sie hatte zehn Jahre Schuldienst als Studienrätin für evangelische Religion, Russisch und Kunst hinter sich und wollte noch einmal etwas Neues beginnen. Mit ihrem Mann war sie in ein kleines Dorf in der Nähe von Baruth gezogen, um hier auf einem alten Bauernhof vielleicht einmal ein Restaurant mit Fremdenzimmern betreiben zu können. Was sie sofort faszinierte war die Möglichkeit, endlich ihre Rus-

sischkenntnisse anzuwenden. Aber auch die Strukturen, die es in den östlichen Bundesländern gab, kannte Helga Zaddach aus Nordrhein-Westfalen nicht. „Für Frauen entscheidet sich doch alles an der Frage: Wer betreut die Kinder?“ Müssen sie dafür zu Hause bleiben oder gibt es Einrichtungen mit gut ausgebildetem Personal? Die Möglichkeiten, schon die Jüngsten in eine Krippe zu geben, dazu Kindergarten und Hortplätze waren etwas, was sich Ostfrauen unbedingt erhalten mussten. „Die Selbstverständlichkeit, mit der DDR-Mütter berufstätig waren, habe ich sehr bewundert.“ Und nicht nur das: Helga Zaddach begann sich einzumischen. Trat 1993 der SPD bei und kam über den Frauenpolitischen Rat mit vielen Vereinen und Organisationen zusammen, die ein gemeinsames Interesse hatten: Chancengleichheit für Frauen. „Der Osten hat mich politisiert“, erklärt die 47-Jährige heute. Das dichte Netz des Frauenpolitischen Rates und seine Lobbyarbeit sind auch ein Ergebnis ihres siebenjährigen Engagements.

„Was sich bis heute nicht verändert hat, ist die Gesprächskultur, die es unter uns gibt.“ Der Meinungsaustausch, die fairen Diskussionen miteinander und der Kampf um die gemeinsamen Forderungen. Die Kinderbetreuung war da immer ein Dauerbrenner.

„In den vergangenen Jahren haben wir es geschafft, uns einen Namen zu machen.“ Mann kennt den Frauenpolitischen Rat in Ministerien und Verwaltungen und wenn jene, die seinen Namen einst stotternd von einem Zettel ablesen mussten, jetzt genau wissen, von wem und mit wem sie reden, dann ist das ein erster Erfolg.“

Auch für Helga Zaddach waren die vergangenen Jahre eine wichtige Entwicklungszeit. Von ihren ursprünglichen Zielen hat sie sich zwar verabschiedet, aber beruflich ist sie wieder voll eingestiegen. Absolvierte noch einmal eine Ausbildung zur Versicherungsfachfrau und arbeitet nun für ein großes Unternehmen in Berlin. „Was ich mitgenommen habe aus meiner Arbeit im Frauenpolitischen Rat? Wenn wir was durchsetzen wollen, sind Netzwerke nötig.“ Vieles läuft über persönliche Kontakte und wenn frau etwas verändern will, geht es nur gemeinsam. „Denn eines ist ja wohl klar: Für Frauen muss sich eine ganze Menge verändern.“

Helga Zaddach,

1. Sprecherin des Frauenpolitischen Rates von 1994 bis 2001, Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Neugierig auf Politik - Tamara Ritter

In den Osten kam Tamara Ritter vor allem aus einem Grund: Neugier auf den anderen Teil Deutschlands, den sie bis dahin überhaupt nicht kennen gelernt hatte: „Ich habe das Jahr 89 nur durch die Medien verfolgt, Ostverwandte hatten wir nicht.“ Gespannt war sie aber auch auf die kleine Potsdamer Universität, an der sie Politikwissenschaften studieren wollte. „Es hat mich schon immer interessiert, wie gesellschaftliche Entscheidungen getroffen werden und wie man etwas in den Strukturen verändern kann.“

Den Anstoß für ihr Politikinteresse hatte ein simpler Ausgang an der Schule gegeben. Ein „Verein zur Förderung politischen Handelns“ warb Mitglieder. Tamara Ritter war sofort dabei. Blauäugig kam sie nicht in die Diskussionsrunden - die Jugendliche brachte ein ziemliches Stück Weltenerfahrung mit. Drei Jahre lang hatte sie mit ihren Eltern in der Demokratischen Republik Kongo gelebt, war dort in eine französische Schule gegangen und wusste durchaus, wie es jenseits von Europa aussieht. Die unvorstellbare Armut hatte sie schockiert. Genauso fassungslos aber war sie über die extrem unterschiedlichen Lebensumstände in solch reichem Land wie Deutschland. „Ich wollte immer wissen, wie eine bessere Gesellschaft aussehen kann“, erzählt sie und begründet damit auch, warum sie nach zwei Jahren Studium 1997 zu den Bündnisgrünen ging. Nach ihrem frauenpolitischen Engagement in der Landesarbeitsgemeinschaft und im Bundesfrauenrat suchte sie auch außerhalb der Partei Kontakt zu Frauenorganisationen. Als eine der Jüngsten wurde die Studentin 1998 als Sprecherin des Frauenpolitischen Rates gewählt. „Die Vielfalt der Interessen die dort vertreten wurden! Da waren allein Erziehende, Landfrauen und vor allem Frauen aus allen wichtigen Parteien - das hat mich fasziniert.“ Genauso wie der Sachverstand, der durch die unterschiedlichen politischen Vereine und Berufsverbände im Frauenpolitischen Rat zusammen kam. Und der sich vor allem dann bezahlt macht, wenn es um ganz konkrete Aktionen geht. Eine der wichtigsten, die Tamara miterlebte, waren die Proteste gegen die Kürzungen im Kita-Bereich. Auch wenn es sonst durchaus unterschiedliche Meinungen gab, hier waren sich alle einig: An den Kindern darf nicht gespart werden. In anderen Fällen musste oft genug der kleinste gemeinsame Nenner gefunden werden - eine Stärke, aber auch eine Schwäche, findet Tamara Ritter.

Zwei Jahre arbeitete Tamara Ritter aktiv im Frauenpolitischen Rat mit. Im Jahr 2000 absolvierte sie dann ein Prak-

tikum im Französischen Parlament in Paris. Mit nun frauenpolitisch geschulterem Blick: „In der Kinderbetreuung sind sie echt besser. Aber was Regierungsverantwortung betrifft, gibt es dort längst nicht so viele Frauen wie bei uns.“

Sie selbst möchte beides: Politik machen und Kinder haben. Allerdings mit einer fairen Rollenteilung. „Meine Mutter ist daheim geblieben, bis meine beiden Schwestern und ich aus dem Haus waren. Das kommt für mich überhaupt nicht infrage!“ Das Thema für ihre Diplomarbeit hat sie sich bewusst gesucht: Gender-Budgetierung, die geschlechtsspezifische Aufteilung von Haushaltsmitteln in Kommunen, Ländern und Staat.

Tamara Ritter,
Sprecherin des FPR 1998-2000,
Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen



Uns reicht es noch lange nicht!

Interview mit Cornelia Schuster,
seit 2002 Geschäftsführerin des FPR

Wie bist du zum Frauenpolitischen Rat gekommen?

Durch eine Anzeige im Tagesspiegel. Als ich die las, wusste ich gleich: Das ist es! Auf frauenpolitische Themen bin ich schon während meines Studiums gestoßen und habe mich mit den unterschiedlichsten thematischen Schwerpunkten in der Frauenforschung beschäftigt. Frauen haben noch lange nicht die gleichen Chancen wie Männer. Und daran möchte ich etwas ändern.

Du bist 31 - ist Feminismus in deiner Generation überhaupt noch ein Thema?

Klar, nach wie vor. Natürlich höre ich immer wieder, dass es Frauen in Deutschland unwahrscheinlich gut ginge. Und selbstverständlich haben wir auch weit mehr Rechte und Möglichkeiten als unsere Mütter und Großmütter. Aber uns reicht das noch lange nicht! Wieso verdienen Frauen in vielen Branchen weniger als ihre männlichen Mitstreiter? Wieso müssen Frauen sich immer noch für Familie oder Karriere entscheiden, die ihnen dann möglicherweise trotzdem versagt bleibt? Wieso sind Frauen in Führungsebenen trotz hohem Qualifikationsniveau unterrepräsentiert? Unsere Arbeitswelt verlangt von denen, die etwas erreichen wollen, dass jemand ihnen den Rücken frei hält, und in der Regel ist das auch heute noch eine Frau.

Im Rat sind unterschiedlichste Frauenorganisationen vertreten. Was hast du dir von der Arbeit hier erwartet?

Als ich die Stellenanzeige gelesen hatte, habe ich sofort im Internet nachgeschaut, wer alles dazu gehört. Diese breite Palette. Fand ich richtig spannend! Und alle wollen sich gemeinsam für Fraueninteressen einsetzen. Mir war klar, dass dafür der kleinste gemeinsame Nenner gefunden werden muss. Leicht habe ich es mir nicht vorgestellt. Und das ist es auch nicht. Aber den Willen, etwas gemeinsam zu erreichen, spüre ich immer wieder. Das ist ein schönes Gefühl.

Was hast du dir vorgenommen?

Gender Mainstreaming. Das wird in der Zukunft beim Frauenpolitischen Rat und überhaupt eine immer größere Rolle spielen. Seit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages ist dies immerhin schon eine rechtsverbindliche Handlungsrichtlinie für Politik und Verwaltung in allen EU-Mitgliedsstaaten. Bund und Länder werden zu einer integrierten Gleichstellungspolitik aufgefordert. An deren Umsetzung wird auch in Brandenburg gearbeitet; vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen sind verschiedene Modellprojekte angeschoben worden. Das reicht aber noch lange nicht. Dem Frauenpolitischen Rat geht es um eine politische Verankerung und eine ressortübergreifende Zusammenarbeit in Sachen Gender Mainstreaming. Grundsätzlich jede Entscheidung muss auf ihre Konsequenzen für Frauen und Männer hinterfragt werden.

Ein weiterer wichtiger Anknüpfungspunkt für die Zukunft bietet PROFUND. Fakt ist, dass sich die öffentliche Hand langfristig immer mehr aus der Förderung sozialer Projekte zurückziehen wird. Mit dem Projekt Fundraising haben Frauenorganisationen begonnen, neue und notwendige Wege zu suchen und zu beschreiten. Das ist aber erst ein Anfang. Wir wollen an den gemachten Erfahrungen anknüpfen und weitergehen. Unsere Mitgliedsorganisationen haben ihr Interesse bereits signalisiert.

Cornelia Schuster,
Wirtschaftskauffrau, Diplom-Pädagogin,
seit 2002 Geschäftsführerin
des Frauenpolitischen Rates



Unsere Mitgliedsorganisationen

Immer aktuell: www.frauenrat-brandenburg.de

Arbeitsgemeinschaft LISA bei der PDS

Gründungsjahr: 1990

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1992

AUFGABEN UND ZIELE

- Gleichstellung von Frauen und Männern auf parlamentarischer und vorparlamentarischer Ebene
- Chancengleichheit herstellen
- Familien- und Frauenpolitik in Übereinstimmung bringen

Arbeitsgemeinschaft LISA bei der PDS

Alleestraße 3 · 14469 Potsdam

Fon: 0331 - 20 009-0 · Fax: 0331 - 20 009-10

Mail: info@pds-brandenburg.de

www.pds-brandenburg.de



Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen bei der SPD Land Brandenburg (ASF)

Gründungsjahr: 1990

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1992

AUFGABEN UND ZIELE:

- Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen gesellschaftlichen Ebenen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Frauenrepräsentanz in Parlamenten

ASF-Brandenburg

Friedrich-Ebert-Straße 61 · 14469 Potsdam

Fon: 0331 - 20 09 317 · Fax: 0331 - 27 08 535

Mail: birgit.gorholt@spd-brandenburg.de

www.brandenburg-asf.de

Arbeitslosenverband Deutschlands, LV Brandenburg e.V.

AG Frauenerwerbslosigkeit

Gründungsjahr: 1990

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1992

AUFGABEN UND ZIELE:

- Entwicklung, Beratung, Betreuung, Begleitung von Projekten und Selbsthilfegruppen für arbeitslose Frauen
- Lobbyarbeit für erwerbslose und sozial benachteiligte Frauen
- Thematisierung der Problematik Frauenerwerbslosigkeit und der daraus resultierenden sozialökonomischen und psychosozialen Folgen auf kommunaler u. Landesebene

Arbeitslosenverband - AG Frauenerwerbslosigkeit

Am Turm 14 · 03046 Cottbus

Fon: 0355 - 23 113 · Fax: 0355 - 23 107

Mail: info@alv-brandenburg.de

Berufsverband der Arzt-, Zahnarzt- und Tierärzthelferinnen e.V. (BdA) Landesverband Brandenburg

Gründungsjahr: 1992

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1994

AUFGABEN UND ZIELE

- Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Ausbildungsberufen Arzt-, Zahnarzt- und Tierärzthelferin
- Überwachung und Durchsetzung der gesetzlichen und vertraglich geregelten Arbeitsbedingungen
- Beratung der Mitglieder in beruflichen Fragen
- Förderung beruflicher Kontakte der Mitglieder

Übrigens: Mit mehr als 30.000 Mitgliedern ist der BdA Deutschland die größte Frauengewerkschaft Europas

BdA Landesverband Brandenburg

Waldstraße 5 · 14554 Seddin See, OT Neuseddin

Fon: 033205 - 62 445 · Fax: 033205 - 44 788

Mail: BdA.BarbaraGloehs@t-online.de

www.bda-online.com

Unsere Mitgliedesorganisationen

Immer aktuell: www.frauenrat-brandenburg.de

Brandenburger Landfrauenverband e.V.

Gründungsjahr: 1992

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1992

ZIELE DES VERBANDES

- Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum
- Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Situation von Frauen
- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Weiterbildung im beruflichen, sozialen und allgemeinen Bereich

AUFGABEN

- Interessenvertretung für Landfrauen
- Bildungsarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit
- Motivation der Frauen zu selbständigen Aktivitäten
- Unterstützung von Projekten auf dem Lande
- Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Institutionen
- Verbesserung der Kontakte zwischen Stadt und Land, aber auch zwischen den einzelnen Mitgliedsverbänden
- Traditions- und Brauchtumspflege, Bereicherung des kulturellen und gesellschaftlichen Landlebens

Brandenburger Landfrauenverband e.V.

Dorfstraße 1 · 14513 Teltow, OT Ruhlsdorf

Fon: 03328 - 31 93 01 · Fax: 03328 - 31 93 05

Mail: blv_ev@t-online.de

www.brandenburger-landfrauen.de

Bündnis 90/Die Grünen LAG Frauen Land Brandenburg

Gründungsjahr: 1993

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1993

AUFGABEN UND ZIELE

Die LAG Frauenpolitik setzt sich für Geschlechterdemokratie und Frauenförderung in und außerhalb der Bündnisgrünen ein. Die LAG will in Politik und Gesellschaft das Prinzip des Gender Mainstreaming durchsetzen. Das bedeutet, dass bei allen politischen und gesellschaftlichen Vorhaben

die Auswirkungen auf die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern berücksichtigt werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Lindenstraße 53 · 14467 Potsdam

Fon: 0331 - 28 00 566 · Fax: 0331 - 29 38 13

Mail: lv.brandenburg@gruene.de

www.gruene-brandenburg.de

Cometa e.V. (conferenz, meeting, talk)

Gründungsjahr: 1991

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1992

ZIELE

Zweck des Vereins ist es, die im Grundgesetz verankerte Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen der Gesellschaft zu fördern. Ein weiterer Zweck ist die Jugendpflege und Jugendfürsorge.

AUFGABEN

- Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Ausbildung und Beruf
- Förderung des Zusammenlebens zwischen Ost und West
- Förderung von Projekten (nicht wirtschaftlicher Art)
- Thematisieren frauenspezifischer Problemfelder
- Förderung einer Kinder- und Jugendeinrichtung

Cometa e.V.

Zum Kahleberg 10 · 14478 Potsdam

Fon: 0331 - 81 46 91 · Fax: 0331 - 81 46 91

Mail: kontakt@cometa-ev.de

www.cometa-ev.de



Unsere Mitgliedsorganisationen

Immer aktuell: www.frauenrat-brandenburg.de

Demokratischer Frauenbund (dfb) e.V. Landesverband Brandenburg

Gründungsjahr: 1990

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1992

AUFGABEN UND ZIELE

Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, der Familie und auf sozialem Gebiet. Hierzu gehört vor allem die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben. Dem dfb geht es aber auch um die Förderung von Toleranz und Völkerverständigung, vor allem durch eine gezielte Integration von Minderheiten in die Gesellschaft.

Der dfb betreibt Frauen- und Familienzentren, Selbsthilfegruppen, Beratungsstellen für Frauen und Mädchen in schwierigen Lebenssituationen, sozialpsychologische Beratungsstellen für Schwangere und Familien, Kindergärten sowie unterschiedlichste Integrationsprojekte. Der Verein bietet arbeitsmarktorientierte Maßnahmen für sozial Benachteiligte an und gibt konkrete Lebenshilfe. Der dfb ist anerkannter arbeitsmarktorientierter Beschäftigungsträger.

Demokratischer Frauenbund (dfb) e.V.

Geschwister-Scholl-Straße 36 · 14776 Brandenburg

Fon: 03381 - 79 44 50 · Fax: 03381 - 79 44 51

Deutscher Beamtenbund (dbb) Frauenvertretung Brandenburg

Gründungsjahr: 1991

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1992

AUFGABEN UND ZIELE

Geschlechtsunabhängige Chancengleichheit im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungssektor

- ein stärkeres Mitspracherecht von Frauen im öffentlichen Dienst sowie im gesellschaftlichen und politischen Leben
- qualifizierte Ausbildung für Mädchen
- verbesserte Fortbildungsmöglichkeiten für Frauen
- partnerschaftliche Aufteilung von Erziehungsaufgaben
- bessere staatliche Anerkennung von Familienarbeit beispielsweise steuerliche Absetzbarkeit berufbedingter Kinderbetreuungskosten

- Ausbau qualifizierter Teilzeitarbeitsplätze

Deutscher Beamtenbund - Frauenvertretung

Jägerallee 22 · 14469 Potsdam

Fon: 0331 - 27 53 600 · Fax: 0331 - 27 53 602

Mail: post@brandenburg.dbb.de

www.dbb-brandenburg.de



Deutscher Evangelischer Frauenbund (DEF) Orts- und Landesverband Berlin e.V.

Gründungsjahr: 1908

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1992

ZIELE

Wir verstehen Frauenverbandsarbeit als Auftrag, Frauen unterschiedlicher Herkunft anzusprechen, um gemeinsam Erfahrungen, Interessen und spezifische Sichtweisen in Kirche, Staat und Gesellschaft zur Geltung zu bringen.

AUFGABEN

- Erwachsenenbildung
- Ehrenamtliche Mitarbeit in Kirchen und gesellschaftspolitischen Gremien
- Unterstützung zweier diakonischer Heime für körperlich und geistig behinderte Kinder und junge Menschen in Brandenburg.

DEF-Geschäftsstelle - Im Haus der Diakonie

Paulsenstraße 55-56 · 12163 Berlin

Fon: 030 - 82 09 7-140 / 141 · Fax: 030 - 82 097 139

Mail: hannelore_halo@hotmail.com

www.defberlin.de

Unsere Mitgliedesorganisationen

Immer aktuell: www.frauenrat-brandenburg.de

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Landesfrauenausschuss

Gründungsjahr: 1949

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1998

AUFGABEN UND ZIELE

Der Bezirk und die in ihm vereinigten Gewerkschaften bekennen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie setzen sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein.

ANGEBOTE UND SERVICELEISTUNGEN

Beratung in Rechtsfragen, Gleichstellungspolitik, partnerschaftliches Verhalten, Frauenförderung in Politik, Bildung, Ausbildung und Wirtschaft sowie verstärkte Einforderung von familienergänzenden Einrichtungen.

Deutscher Gewerkschaftsbund · Landesfrauenausschuss

Keithstraße 1-3 · 10787 Berlin

Fon: 030 - 21 240-0 · Fax: 030 - 21 240-114

www.berlin-brandenburg.dgb.de

djb - Deutscher Juristinnenbund Vereinigung der Juristinnen, Volkswir- tinnen und Betriebswirtinnen e.V.

Gründungsjahr: 1948 (in Brandenburg seit 1995)

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 2000

ZIELE

- Fortentwicklung des Rechts auf allen Gebieten
- Verwirklichung der Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen
- Fortbildung durch Seminare und wissenschaftliche Veranstaltungen
- rechtliche Absicherung der Lebenssituation von Frauen, Kindern und älteren Menschen
- Zusammenarbeit mit gleichartigen Vereinigungen auch auf internationaler Ebene
- Förderung internationaler Netzwerke

AUFGABEN

- Information über aktuelle Rechtsfragen
- Durchführung von wissenschaftlichen Veranstaltungen und Seminaren
- Erarbeitung von Rechtsgutachten zur Vorlage an Gesetzgebungskörperschaften und Regierungen von Bund und Ländern
- Mitwirkung in Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht und den obersten Gerichten der Länder durch Stellungnahmen und Teilnahme an Anhörungen
- Anregung und Kritik an die Parlamente, Regierungen und Verwaltungen des Bundes und der Länder sowie an die Medien
- Regionale & überregionale Vernetzung von Expertinnen

c/o Rechtsanwältin Tomma Resener

Eisenbahnstraße 31 · 14542 Werder/Havel

Fon: 03327 - 73 04 01 · Fax: 03327 - 73 04 00

Mail: resener.tomma@gmx.de

www.djb.de

Evangelische Frauen- und Familienarbeit Berlin-Brandenburg

Gründungsjahr: 1902

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1992

ZIELE

- Interessenvertretung für die Belange von Frauen und Familien
- Ermutigung, ihre Rechte wahrzunehmen und zusammen mit anderen für die gleichberechtigte Teilhabe an der Verantwortung in Kirche und Gesellschaft einzutreten

AUFGABEN

- Bildungsveranstaltungen für Frauen
- Beratung & Begleitung von Haupt- und Ehrenamtlichen
- Fortbildung für Ehrenamtliche
- Vermittlung von Kuren für Frauen und Mütter mit Kindern
- Eltern-Kind-Gruppen

Evangelische Frauen- & Familienarbeit Berlin-Brandenburg

Weinbergstraße 18/19 · 14469 Potsdam

Fon: 0331 - 27 77-451 · Fax: 0331 - 27 77 -460

Email: frauen_und_familienarbeitEKiBB@t-online.de

Unsere Mitgliedesorganisationen

Immer aktuell: www.frauenrat-brandenburg.de



Frauen-Union der Christlich Demokratischen Union Brandenburg (FU Brandenburg)

Gründungsjahr: 1991

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1992

AUFGABEN UND ZIELE

- Stellungnahme zu politischen Fragen, Beitrag zur Willensbildung der CDU
- Vertretung und Verbreitung des Gedankengutes der CDU
- Motivierung der Frauen zu aktiver Mitarbeit in der Partei
- Vertretung der Anliegen der Frauen gegenüber politischen Entscheidungsgremien
- Unterstützung der Arbeit der Frauen in Orts- und Kreisverbänden
- Durchsetzung der berechtigten Ansprüche der Frauen auf angemessene Vertretung in den Organen der Partei und Parlamente
- Förderung der politischen Bildung von Frauen
- Förderung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit der Frauen

CDU-Bürgerbüro Guben

Kirchstraße 24 · 03172 Guben

Fon: 03561 - 23 48 · Fax: 03561 - 54 84 99

Mail: info@monikaschulz.de, info@fu-brandenburg.de

www.fu-brandenburg.de

GEDOK Brandenburg - Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreunde e.V.

Gründungsjahr: 1994

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1995

AUFGABEN UND ZIELE

- spartenübergreifende Förderung von künstlerisch tätigen Frauen (Literatur, Musik, bildende & angewandte Kunst)
- Zusammenführen von Künstlerinnen und Kunstförderern
- Ausbau eines bundesweiten Netzwerkes

GEDOK Landesgeschäftsstelle

Seebadallee 50 · 15834 Rangsdorf

Fon: 033708 - 70 733 · Fax: 033708 - 70 989

Mail: kunstfluegel@t-online.de

www.gedok-brandenburg.de

Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenzentren Land Brandenburg

Gründungsjahr: 1996

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1996

ZIELE

- Gleichstellung von Frauen und Männern
- Chancengleichheit von Mädchen und Frauen

AUFGABEN

- frauenpolitische Konzepte entwickeln
- frauenpolitische Forderungen gemeinsam durchsetzen
- Austausch von inhaltlichen & finanziellen Arbeitsthemen

Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenzentren Land Brandenburg

c/o Frauenzentrum Cottbus „Lila Villa“

Thiemstraße 55 · 03050 Cottbus

Fon: 0355 - 47 45 89 · Fax 0355 - 49 93 739

Mail: frauenzentrum-cottbus@t-online.de

www.home.t-online.de/home/frauenzentrum-cottbus/

Unsere Mitgliedesorganisationen

Immer aktuell: www.frauenrat-brandenburg.de

LAG (Landesarbeitsgemeinschaft) der kommunalen Gleichstellungs- beauftragten des Landes Brandenburg

Gründungsjahr: 1991

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 2001

ZIELE

- Abbau von Gleichstellungsdefiziten im örtlichen Lebensumfeld und in der Verwaltung
- Strukturveränderungen zur Verbesserung der Situation von Frauen in allen Lebensbereichen

AUFGABEN

- Information und Beratung
- Konzeptionierung und Initiierung systematischer Gleichstellungspolitik
- Artikulation und Vertretung der Bedürfnisse und Interessen von Frauen
- Vermittlung zwischen Frauenbewegung, BürgerInnen, Verwaltung und Politik

Die Gleichstellungsarbeit tangiert verschiedene Bereiche des öffentlichen Lebens. Als Querschnittsaufgabe ist eine Zusammenarbeit mit verschiedenen öffentlichen Einrichtungen und Institutionen eine wichtige Voraussetzung, um aktiv Einfluss zu nehmen.

c/o Angelika Lütke - Landkreis Potsdam-Mittelmark
Niemöllerstraße 1 · 14806 Belzig
Fon: 033841 - 91 321 · Fax: 033841 - 91 312

c/o Gabriele Frey - Stadt Prenzlau
Am Steintor 4 · 17291 Prenzlau
Fon: 03984 - 75 242 · Fax: 03984 - 75 248
Mail: gba@prenzlau.de
www.prenzlau.de/verwaltung/gleichstellung.htm

Liberale Frauen bei der FDP Landesverband Brandenburg

Gründungsjahr: 1990

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1994

AUFGABEN UND ZIELE

- Gleichstellung der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft

- Selbständigkeit und Unabhängigkeit von Frauen
- eigenständige soziale Sicherung von Frauen
- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- mehr Frauen in Politik und Wirtschaft

Liberale Frauen bei der FDP

Birkholzer Allee 63 · 16321 Lindenberg

Fon: 030 - 94 12 154 · Fax: 030 - 94 39 81 72

Mail: gabi.pf@web.de

www.fdp-brandenburg.de

Netz der Regionalstellen Frauen & Arbeitsmarkt im Land Brandenburg

Gründungsjahr: 1992

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1999

ZIELE

Die Regionalstellen Frauen und Arbeitsmarkt setzen sich zum Ziel, in ihren Landkreisen die Chancen von Mädchen und Frauen in der Ausbildung, im Beruf und in der Erwerbstätigkeit wirksam und dauerhaft zu verbessern.

Sie leisten in enger Kooperation mit wirtschafts-, arbeitsmarkt- und frauenpolitischen Akteuren ihren Beitrag zur Umsetzung regionaler Arbeitsmarktkonzepte unter Verwirklichung des europäischen Prinzips des Gender-Mainstreaming vor Ort.

AUFGABEN

- Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen auf dem regulären und geförderten Arbeitsmarkt
- Vernetzen von Arbeitsmarktinitiativen für Frauen in den Landkreisen und kreisfreien Städten
- Beratung zu Förderprogrammen des Landes, des Bundes und der EU, insbesondere zur Förderung der Chancengleichheit
- Unterstützung von potentiellen Gründerinnen auf dem Weg in die Selbständigkeit
- Unterstützung von Mädchen und Frauen bei der Planung ihrer beruflichen Zukunft
- Durchführung von Veranstaltungen zu frauen- und arbeitsmarktpolitischen Themen
- Initiierung von Beschäftigungsprojekten für Frauen

Unsere Mitgliedesorganisationen

Immer aktuell: www.frauenrat-brandenburg.de

- Unterbreitung von Vorschlägen bei Abstimmungs- und Entscheidungsprozessen der Arbeits- und Wirtschaftspolitik auf regionaler Ebene für die Interessen von Frauen
- Sensibilisierung für die Berücksichtigung des Gender-Mainstream-Prinzips in allen Bereichen in den Landkreisen und kreisfreien Städten

c/o Sabine Stüber - Regionalstelle Frauen & Arbeitsmarkt
im Landkreis Barnim

Alfred-Nobel-Straße 1 · 16225 Eberswalde

Fon: 03334 - 59 42 60 · Fax: 033334 - 59 337

Mail: bar@frauen-arbeitsmarkt.de

www.frauen-arbeitsmarkt.de

Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V.

Gründungsjahr: 1995

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1997

AUFGABEN UND ZIELE

- Zusammenschluss von Frauenhäusern, die Hilfe für körperlich und seelisch misshandelte Frauen und ihre Kindern bieten.
- überregionale politische und Öffentlichkeitsarbeit zum Aufdecken der Ursachen von Gewalt gegen Frauen und Kinder, Organisation landesweiter Veranstaltungen
- Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Frauenhausprojekten
- Aufstellen und Durchsetzen gemeinsamer Forderungen
- Organisation von Weiterbildungsveranstaltungen für die Mitglieder

Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V.

Heinrich-Mann-Allee 7 · 14473 Potsdam

Fon: 0331 - 24 00 71 · Fax: 0331 - 24 00 72

Mail: Frauenhaeuser.Brandenburg@t-online.de

SHIA e.V. Selbsthilfegruppen Alleinerziehender

Gründungsjahr: 1991

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1992

AUFGABEN UND ZIELE

Unser Ziel ist die Stärkung, Gleichstellung und Chancengleichheit von Einelternfamilien in der Gesellschaft.

SHIA ist eine Anlaufstelle für alle allein Erziehenden. Wir bieten professionellen Rat, unterschiedlichste Dienstleistungen, interessante Veranstaltungen und Unterstützung bei Freizeit- und Urlaubsaktivitäten. Dazu gehören:

- Selbsthilfegruppen, in denen sich allein Erziehende treffen, beraten und sich gegenseitig unterstützen können
- Kontakt- und Informationsstellen, ein Frauen- und Familientreff
- die Organisation von Kinderfesten, Kinderferienlagern
- Familienurlaube und Familienbildungsurlaube, Wochenendseminare
- ein umfangreiches Beratungsangebot bei Erziehungsproblemen, Trennung, Scheidung, Streitigkeiten um Unterhalt, Umgang, Sorgerecht. Beratungen für nicht sorgeberechtigte Väter und bei Gewalt in Familien
- Beantragung und Auszahlung von Zuschüssen zur Familienerholung
- Projekt „Begleiteter Umgang“ bei massiven Problemen zwischen getrennt lebenden Eltern

SHIA-Landesverband Brandenburg e.V.

Bahnhofstraße 4 · 15711 Königs Wusterhausen

Fon: 03375 - 29 47 52 · Fax: 03375 - 21 33 63

Email: shia.brb@bepcom.de

www.shia.de/brandenburg



Unsere Mitgliedesorganisationen

Immer aktuell: www.frauenrat-brandenburg.de

Sozialwerk des Demokratischen Frauenbundes Landesverband Brandenburg e.V.

Gründungsjahr: 1993

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 2000

AUFGABEN UND ZIELE

Förderung amtlich anerkannter Verbände der freien Wohlfahrtspflege, ihrer Unterverbände und ihrer angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten.

Wir unterhalten eine Selbsthilfeszentrale in Eisenhüttenstadt, Selbsthilfekontaktstellen in Beeskow, eine Kreativwerkstatt in Werder, ein Kinderbüro in Wildau.

Sozialwerk des dfb - Landesgeschäftsstelle

Jägerstraße 7 · 14467 Potsdam

Fon: 0331 - 27 03 627 · Fax: 0331 - 81 70 538

Mail: Sozialwerk-dfb@t-online.de

www.sozialwerk-dfbpotsdam.de



UNDINE e.V.

unabhängige Frauenberufsinitiative

Gründungsjahr: 1999

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 2001

AUFGABEN UND ZIELE

- Aufbau einer Frauenbegegnungsstätte
- Konzeptionierung eines Frauengewerbezentrum/-hofes

Frauenberufsinitiative UNDINE e.V.

Potsdamer Damm 11a · 14532 Güterfelde

Fon / Fax: 03329 - 61 12 49

Mail: undine.ev@web.de

Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Brandenburg e.V. (VAMV)

Gründungsjahr: 1993

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit: 1993

ZIELE

VAMV ist eine bundesweite Organisation und vertritt als politischer Interessenverband die Belange von Einelternfamilien.

Er tritt ein für Förderung und Gleichberechtigung von Einelternfamilien und Frauen in der Gesellschaft. Wir fordern Chancengleichheit dieser Familienform in Politik und Gesetzgebung auf Landes- und Bundesebene

AUFGABEN

- Beratung bei Trennung, Scheidung, Unterhalt, Umgang, Sorgerecht, Existenzsicherung usw.
- Unterstützung neu zusammengesetzter Familien
- Arbeit auf der Basis „Hilfe zur Selbsthilfe“, dabei Unterstützung beim Aufbau von Selbsthilfegruppen
- Anleitung und Unterstützung von ehrenamtlicher Tätigkeit
- Bearbeitung von Anträgen für den Familienurlaub
- Teilnahme an bundes-, landes- und kommunalpolitischen Aufgaben in der Frauen- und Familienarbeit
- Durchführung thematischer Veranstaltungen und Elternseminare zu Schwerpunkten der Familienbildung
- gemeinsame Freizeitangebote

VAMV

Tschirchdamm 35 · 14772 Brandenburg

Fon: 03381 - 71 89 45 · Fax: 03381 - 71 89 44

Mail: VAMV-LV-BRB@t-online.de

www.vamv.de

Dank

Wir danken allen, die den Frauenpolitischen Rat Brandenburg sowohl durch ihr ehren-, neben- oder hauptamtliches Engagement als auch finanziell unterstützt haben.

Stellvertretend für alle aktiven Frauen aus den Mitgliedsorganisationen seien hier einige Sprecherinnen des Rates genannt. Mit ihrer kontinuierlichen Arbeit haben sie den Rat durch alle Höhen und Tiefen getragen:

RENATE BEHNISCH, Evangelische Frauen- und Familienarbeit, 1992 - 1994 + 1996 - 1998 + 1999

CHRISTINE BEU, Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), seit 1998

ELKE BLEICH, Cometa, 1994 - 1996

ISOLDE FUHRWERK, Deutscher Beamtenbund - Frauenvertretung, 1994 - 1998

HEIDEROSE GERBER, LAG der Frauenzentren, seit 2000

HELGA HERZOG, Demokratischer Frauenbund (dfb), 1994 - 1996

MONIKA KIRCHNER, Autonomes Frauenzentrum Potsdam, 1996 - 2000

GISELA KLEEFELD, Frauen-Union, 1992

DR. URSULA LÖBEL, Demokratischer Frauenbund (dfb), 1992 - 1994

DR. JOHANNA PÄTZIG, Brandenburger Landfrauenverband, seit 2000

PROF. DR. HANNELORE PHILIPP, Arbeitslosenverband, AG Frauenerwerbslosigkeit, 1992 - 1994

JUTTA QUOOS, Brandenburger Landfrauenverband 1994 - 1998

BRIGITTE REIß, Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, 1993 - 1994

TAMARA RITTER, Bündnis 90/Die Grünen - LAG Frauen, 1998 - 2000

SABINE STÜBER, Netz der Regionalstellen Frauen & Arbeitsmarkt, seit 1999

HELGA ZADDACH, Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, 1994 - 2001

GABRIELE ZIMMERMANN, Brandenburger Landfrauenverband, 1992 - 1994

Verbandsstrukturen des FPR Land Brandenburg

Zusammenschluss von Frauenverbänden, -organisationen, -verbänden sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

SPRECHERINNENRAT

GESCHÄFTSFÜHRERIN

MITGLIEDSORGANISATIONEN

Arbeitsgemeinschaft LISA bei der PDS (*1992)
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Land Brandenburg (*1992)
Arbeitslosenverband Deutschland Land Brandenburg e.V., AG Frauenerwerbslosigkeit (*1992)
Berufsverband der Arzt-, Zahnarzt- und Tierärzthelferinnen e.V. Landesverband Brandenburg (1994)
Brandenburger Landfrauenverband e.V. (*1992)
Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Brandenburg, LAG Frauenpolitik (*1992)
Cometa e.V. (*1992)
Demokratischer Frauenbund e.V. (dfb), Landesverband Brandenburg (*1992)
Deutscher Beamtenbund, Frauenvertretung Brandenburg (*1992)
Deutscher Evangelischer Frauenbund e.V., Orts- und Landesverband Berlin (*1992)
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Landesverband Brandenburg, Landesfrauenausschuss (1998)
Deutscher Juristinnenbund, Landesgruppe Brandenburg (2000)
Evangelische Frauen- & Familienarbeit Berlin-Brandenburg (*1992)
Frauen-Union (FU) der CDU, Brandenburg (*1992)
GEDOK - Gemeinschaft der Künstlerinnen & Kunstfreunde e.V. (1995)
Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenzentren, Land Brandenburg (1996)
Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten (2001)
Liberales Frauen bei der FDP, Landesverband Brandenburg (*1994)
Netz der Regionalstellen Frauen und Arbeitsmarkt im Land Brandenburg (1999)
Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. (1997)
SHIA e.V. Selbsthilfegruppen Alleinerziehender, Landesverband Brandenburg (*1992)
Sozialwerk des Demokratischen Frauenbundes Landesverband Brandenburg (dfb) (2000)
Undine e.V. - unabhängige Frauenberufsinitiative (2001)
Verband Alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Brandenburg e.V. (VAMV) (1993)

MITGLIEDSVERBÄNDE,

die auf Grund von Auflösung oder Austritt ausgeschieden sind

Neues Forum (*1992 - 1996)
Europäisches Frauenkulturzentrum (*1992 - 1996)
Unabhängiger Frauenverband (UFV) (*1992 - 1996)
Frauenzentrum Guben e.V. (*1992 - 1996)
Deutscher Hausfrauenbund (1996 - 2000)
FrauenGesundheitsZentrum „Ringelblume“ e.V. (1997 - 2000,)
Autonomes Frauenzentrum Potsdam (*1992 - 2000)

www.frauenrat-brandenburg.de

Unsere Internetseite informiert immer aktuell!



Kontakt

- KONTAKT
- WER WIR SIND
- VERNETZUNG REGIONAL
- VERNETZUNG ÜBERREGIONAL
- PROFUND Projekt Fundraising
- PUBLIKATIONEN
- AKTUELL
- TERMINE

Webdesign: ARNE
Fon 033607/5 99 11

Fon 0331 / 280 35 81 · Fax 0331 / 24 00 72
FrauPolRat@t-online.de
Heinrich-Mann-Allee 7 · 14473 Potsdam

FRAUENPOLITISCHER RAT LAND BRANDENBURG e.V.

Spendenkonto 350 201 3917 · BLZ 160 500 00
Mittelbrandenburgische Sparkasse





Vernetzung überregional

- KONTAKT
- WER WIR SIND
- VERNETZUNG REGIONAL
- VERNETZUNG ÜBERREGIONAL
- PROFUND Projekt Fundraising
- PUBLIKATIONEN
- AKTUELL
- TERMINE

Deutscher Frauenrat

www.frauenrat.de
Der Deutsche Frauenrat ist die Bundesvereinigung von 52 Frauenverbänden und -organisationen mit rund 11 Mio. Einzelmitgliedern. Als Dachverband vertritt er die Interessen der Frauen auf bundespolitischer Ebene.
Unsere Mitglieder kommen aus den unterschiedlichsten Zusammenschlüssen von konfessionellen und berufsorientierten Verbänden über Frauengruppen der politischen Parteien, den Gewerkschaften und des deutschen Sportbundes bis hin zu überkonfessionell und überparteilich arbeitenden Organisationen.
Simrockstraße 5 · 53113 Bonn
Fon 02 28/ 949 19-0 · Fax 949 19-44
kontakt@frauenrat.de

verschickt von:

Name / Organisation

Anschrift, PLZ

AnsprechpartnerIn

Fon/Fax

Mail

FRAUENPOLITISCHER RAT
Land Brandenburg e.V.

Heinrich-Mann-Allee 7

14473 Potsdam

Abbildungen

Seite 2 Günter Baaske, Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Land Brandenburg

Seite 4 Unser Sprecherinnenrat 1994 - 1996. Von links nach rechts: Helga Zaddach, Elke Bleich, Isolde Fuhrwerk, Jutta Quoos und Helga Herzog.

Seite 6 Unser Sprecherinnenrat 1998 - 2000. Von links nach rechts: Christine Beu, Renate Behnisch, Helga Zaddach, Monika Kirchner, Tamara Ritter.

Seite 7 Der im Jahr 2000 gewählte Sprecherinnenrat. Von links nach rechts: Heiderose Gerber, Sabine Stüber, Dr. Johanna Pätzig, Helga Zaddach, Christine Beu.

Seite 9 Ohne Frauen ist kein Staat zu machen! Kundgebung im Oktober 1999

Seite 23 Auch Bußgelder können ihr Gutes haben. In einem PROFUND-Seminar 1998 informieren sich Frauen wie frau an sie heran kommt.

Seite 24 Landestreffen 1997: Die Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Mädchen und Frauen“ tagt.

Seite 25 Dafür oder dagegen? Delegierte auf dem Landestreffen brandenburgischer Frauenverbände beraten.

Seite 27 Wie kommt frau an Geld? Sponsoring-Seminar im Herbst 1996

Seite 29 Protest gegen die ständigen Kürzungen der Gelder für Frauenprojekte in Potsdam 2001.

Seite 30 Ministerin Regine Hildebrandt spricht zu den Teilnehmerinnen der Demonstration 1995.

Ergänzung nach Redaktionsschluß:

Seit dem 26. Oktober 2002 zählt der FPR 25 Mitgliedsorganisationen. Auf der Mitgliederversammlung wurde OWEN e.V. (Ost-West-Europäisches Frauennetzwerk) aufgenommen:

Owen e.V.

13189 Berlin · Elsa-Brandström-Str. 15

Fon: 030 - 28 32 251 · Fax: 030 - 28 32 252

Mail: owen@snafu.de

www.owen-frauennetzwerk.de

**FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.**



☐ Ich möchte den FPR, seine Ausgaben und Ziele kennen lernen.

☐ Bitte schicken Sie mir Informationsmaterialien.

☐ Ich bin an einer Präsentation des FPR in unserer Organisation interessiert.

☐ Ich möchte den FPR unterstützen durch:

☐ Kontakte

☐ Spende

☐ Ideen

Datum / Unterschrift

